

Projektforum

Die Entwicklung der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe als diplomatischer Mesoakteur (1965–2025)¹

Hannes Mosler

Abstract:

This study examines the historical evolution and diplomatic significance of the German-Korean Parliamentary Friendship Group (DKPG) over a six-decade span from 1965 to 2025. Conceptualizing parliamentary friendship groups as "diplomatic meso-actors" that operate flexibly between formal executive diplomacy and diffuse public diplomacy, the paper evaluates the group's institutional impact across three analytical dimensions: structure, function, and content. Historically, the analysis is divided into two distinct periods. The first phase (1965–1990) explores how the group served as a vital communication channel and "safety valve" to secure economic and security interests between two frontline states of the Cold War, notably mitigating deep bilateral tensions during the 1967 East Berlin Affair. The second phase (1990–2025) details the group's consolidation following German reunification and the opening of diplomatic ties with North Korea in 2001. During this era, prominent parliamentary actors leveraged personal networks and dense institutional links with civil society to position the DKPG as an "honest broker" capable of facilitating alternative information transfers and subtle inter-Korean dialogue when official executive channels stalled. Drawing on extensive archival materials, interviews with former chairs, and media reports, the study demonstrates that despite structural limitations – such as financial constraints and dependency on domestic election cycles – the group has carved out a highly resilient diplomatic niche. Ultimately, the paper provides a comprehensive longitudinal assessment of how parliamentary diplomacy successfully supplements state-level foreign policy, offering valuable insights into the dynamics of values-based partnerships amid shifting global orders and systemic rivalries.

Keywords: Parlamentarische Diplomatie, Mesoakteur, Deutsch-koreanische Beziehungen, Kalter Krieg, Wertepartnerschaft

1 Diese Arbeit wurde durch das Seed Program for Korean Studies des Ministry of Education of the Republic of Korea und dem Korean Studies Promotion Service der Academy of Korean Studies (AKS-2023-INC-2250003) unterstützt. Der Autor dankt den drei anonymen Gutachter:innen für ihre hilfreichen Kommentare und wertvollen Anregungen zu einer früheren Fassung dieses Manuskripts.

Prof. Dr. Hannes Mosler ist Professor für Politik und Gesellschaft Koreas am Institut für Ostasienstudien und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

Einleitung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand eine bipolare Weltordnung, die durch den ideologischen und politischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion geprägt war – dem Kalten Krieg. Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem darauffolgenden Zusammenbruch des realsozialistischen Systems in Osteuropa schien sich für kurze Zeit die Hoffnung zu erfüllen, dass diese bipolare Konfrontation überwunden und durch eine neue, friedlichere internationale Ordnung ersetzt werde. Diese neue Ordnung sollte vor allem von der globalen Ausbreitung freiheitlicher Demokratien und der Integration ehemals kommunistischer Staaten in ein westlich geprägtes System des Friedens und der Zusammenarbeit getragen werden. Tatsächlich ließ der ideologische Systemgegensatz im Zuge der neoliberalen Globalisierung nach. Gleichzeitig führten geopolitische Umbrüche weiterhin zu zahlreichen Konflikten, insbesondere in Osteuropa, dem Mittleren Osten und Afrika. Auch der internationale Terrorismus erlebte eine neue Hochphase, die im Anschlag vom 11. September 2001 kulminierte. Die frühen 2000er Jahre markieren somit einen erneuten Wendepunkt: Mit dem Aufstieg Chinas und spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind alte weltpolitische Konfliktlinien wieder aufgebrochen.

In dieser sich wandelnden Ordnung spielen die Bundesrepublik Deutschland (West-Deutschland) und die Republik Korea (Südkorea) aufgrund ihrer vergleichbaren geopolitischen Lage als ehemalige Frontstaaten des Kalten Krieges eine besondere Rolle. Trotz geografischer Distanz verbinden sie enge sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Heute verstehen sie sich mehr denn je als Wertepartner demokratischer Prinzipien in einer regelbasierten internationalen Ordnung, die sie gemeinsam zu schützen und fortzuentwickeln suchen (Europäische Kommission 2021; Regierung der Republik Korea 2022; Bundesregierung 2023; Bundestag 2023). Die Wurzeln der bilateralen Beziehungen reichen weit zurück: Bereits vor über 140 Jahren nahmen das Deutsche Kaiserreich und das Königreich Joseon diplomatische Kontakte auf, die – abgesehen von wenigen Ausnahmen – von freundschaftlichem Charakter geprägt waren (Choi 1983, 2005; Han 1991; Köllner 1998; Cho und Roberts 2018). Die vorliegende Untersuchung richtet den Blick auf einen bislang vernachlässigten Aspekt dieser Beziehungen: die Rolle der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe als spezifische Form parlamentarischer Diplomatie.² Parlamentariergruppen entstanden im Kontext der Interparlamentarischen Union (IPU) in der Nachkriegszeit der 1950er Jahre und agieren unterhalb der Ebene klassischer Regierungsdiplomatie. Als alternative Kanäle des Austauschs schaffen sie zusätzliche Verbindungen zwischen Staaten und sind heute ein zentrales Instrument bilateraler Beziehungen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Parlamentariergruppen – insbesondere im Fall der deutsch-koreanischen Beziehungen – ist bislang

2 In der Literatur und Medienberichterstattung finden sich über die Jahrzehnte wechselnde Bezeichnungen wie Parlamentariergruppen, parlamentarische Freundschaftsgruppen im Deutschen, International Parliamentary Friendship Groups im Englischen oder Euiwonhyeophoe, Euiwonchinseonhyeophoe, Euiwonyeonmaeng oder Eujeongdonguhoe im Koreanischen.

marginal geblieben und stellt ein deutliches Forschungsdesiderat dar. Während in jüngster Zeit die Forschungsliteratur zu parlamentarischer Diplomatie im Allgemeinen (Stavridis und Jančić 2016, 2017; Giesen und Malang 2021; Stavridis 2021) eine wichtige Aktualisierung und Erweiterung erfährt und auch das Interesse für den (nord)ostasiatischen Raum (Bang 2017) sowie Südkorea (Guahk und Pepe 2023) wächst, fehlt bislang eine empirisch gestützte Längsschnittanalyse, die die institutionelle Entwicklung einer einzelnen bilateralen Parlamentariergruppe über mehr als sechs Jahrzehnte nachzeichnet.

Ziel dieser Arbeit ist es daher, die Entwicklung der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe seit ihrer vergleichsweise frühen Gründung Mitte der 1960er Jahre systematisch nachzuzeichnen und ihre Funktion als diplomatisches Instrument und ihr Wirken über einen Zeitraum von rund sechs Jahrzehnten zu untersuchen. Angesichts des oft schwer fassbaren Charakters solcher Gruppen, da sie keine fest installierten Institutionen sind, stützt sich die Untersuchung vor allem auf Archivmaterial aus den Außenministerien und Parlamenten beider Länder,³ Interviews mit früheren Vorsitzenden sowie mediale Berichterstattung.⁴ Im Mittelpunkt stehen dabei neben allgemeinen Entwicklungslinien und ihrer Einbettung in die bilateralen Beziehungen, vor allem zentrale Akteure wie die wechselnden Vorsitzenden, die inhaltliche Ausgestaltung des Austauschs sowie die vielschichtige Vernetzung der Gruppe mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Nach einer konzeptuellen Einführung von parlamentarischen Freundschaftsgruppen, folgt der Hauptteil, der sich an der historischen Entwicklung entlang in zwei Abschnitte gliedert: Der erste reicht von der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Westdeutschlands und Südkoreas in den 1950er Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges Ende der 1980er Jahre; der zweite umfasst die Zeit von der deutschen Wiedervereinigung in den 1990er Jahren bis in die Gegenwart.

Rolle und Funktion von parlamentarischen Freundschaftsgruppen

Die Komplexität der über sechs Jahrzehnte gewachsenen bilateralen Beziehungen sowie die spezifische Beschaffenheit der Datengrundlage erfordern ein methodisches Vorgehen, das über eine rein chronologische Deskription hinausgeht. Die vor-

3 Die Datenerhebung basierte auf einer intensiven Archivrecherche, im Zuge derer sämtliche themenrelevanten Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PAA) und des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages (PAB) gesichtet wurden. Durch einen Antrag auf Verkürzung der Schutzfristen konnten zudem im Rahmen eines Zusatztermins Einblicke in Bestände gewonnen werden, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht regulär zugänglich waren. In Korea waren dies das National Assembly Records and Archives (NARA) und die National Archives of Korea (Gukka Gironwon) über das National Archives Portal Service (NAPS).

4 Die methodische Vorgehensweise der Experteninterviews orientierte sich an forschungsethischen Standards, was u.a. die informierte Einwilligung der Teilnehmenden sowie den verantwortungsbe-
wussten Umgang mit sensiblen Informationen im Rahmen der Auswertung einschließt.

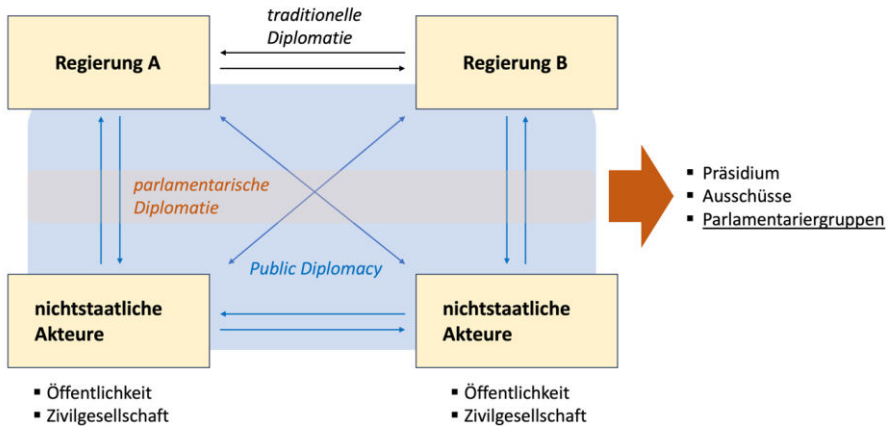
liegende Untersuchung folgt daher dem Weg einer theoretisch informierten Exploration. Sie basiert auf einer fundierten Konzeptualisierung der Rolle und Funktion von Parlamentariergruppen als eigenständige Akteure der parlamentarischen Diplomatie, deren Aktivitäten charakteristisch zwischen den Polen der klassischen Exekutivdiplomatie und der Public Diplomacy oszillieren. Der in diesem Abschnitt dargestellte konzeptuelle Rahmen dient entsprechend als analytisches Prisma, welches es erlaubt, die empirischen Befunde systematisch zu ordnen und die deutsch-koreanische Parlamentariergruppe in ihrer Funktion als Mesoakteur – auf einer alternativen Ebene die Kommunikation und den Austausch zwischen Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft von verschiedenen Ländern durch regelmäßige Besuchsdiplomatie pflegt – zu verorten, ohne die historische Dynamik der Einzelfallanalyse in ein starres deduktives Korsett zu zwingen.

Parlamentarische Diplomatie

Diplomatische Beziehungen sind formelle und informelle Verbindungen zwischen Staaten oder internationalen Organisationen, die den Dialog und die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen fördern. Seit dem 19. Jahrhundert wandelten Industrialisierung und Demokratisierung die Diplomatie grundlegend: neue Herausforderungen, Akteure und Methoden prägen heute die Interaktion der Staaten. Moderne Diplomatie ist stärker professionalisiert, multilateral und flexibel hinsichtlich technologischer wie gesellschaftlicher Veränderungen. Demokratische Entwicklungen führten zu mehr Transparenz und Zugänglichkeit, Industrialisierung hingegen erhöhte Tempo und Reichweite internationaler Beziehungen. So blieb Diplomatie ein zentrales Instrument multilateraler Zusammenarbeit (Stavridis und Jančić 2017). Neben klassischen Einrichtungen wie Botschaften und Konsulaten haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg Bereiche wie die Public Diplomacy etabliert, die gezielt Nichtregierungsakteure und Öffentlichkeit in außenpolitische Vertrauensbildung einbezieht (Snow 2009). Public Diplomacy arbeitet vorrangig mit Offenheit, kulturellem Austausch und der gezielten Ansprache von Gesellschaften im Zielland. Zwischen den Ebenen der klassischen und Public Diplomacy existiert die parlamentarische Diplomatie, zu der insbesondere die internationalen parlamentarischen Freundschaftsgruppen (IPFG) zählen. Diese Form ist weniger hierarchisch, konzentriert sich primär auf den Austausch von Parlamentariern und Institutionen, und grenzt sich so von der stärker bevölkerungsorientierten Public Diplomacy ab (Stavridis und Jančić 2017). Stavridis (2021: 235) definiert parlamentarische Diplomatie als jede erklärende oder aktive diplomatische Maßnahme mit Beteiligung parlamentarischer Akteure zu internationalen Fragen. Parlamentarische Diplomatie ist charakterisiert durch Abgeordnete, die die Meinungen ihrer Wähler repräsentieren und eine pluralistische Perspektive in internationale Dialoge einbringen, und sie ist häufig flexibler und offener als klassische Diplomatie, da sie weniger an formale Protokolle gebunden ist. Parlamentarische Diplomatie ermöglicht so, internationale Kooperationen zu stärken und Dialoge in sensiblen geopolitischen Kontexten zu fördern, insbesondere dort, wo traditionelle staatliche Diplomatie an ihre Grenzen stößt. Sie fördert vor

allem den internationalen Dialog zwischen Parlamenten, die Bearbeitung globaler Herausforderungen wie Frieden, Menschenrechte oder Klimaschutz und ist oft flexibler als klassische Diplomatie – was besonders in sensiblen geopolitischen Kontexten von Vorteil ist (Weisglas und Boer 2007; Stavridis und Jančić 2016).

Grafik 1. Parlamentariergruppen als diplomatische Mesoakteure



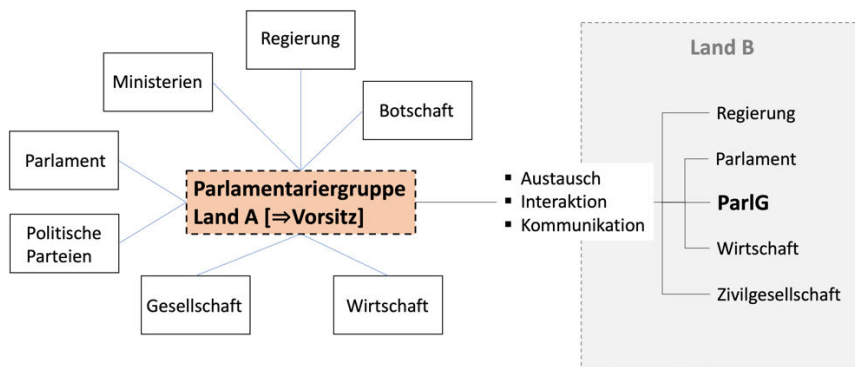
Quelle: eigene Darstellung

Interparlamentarische Freundschaftsgruppen

Die Hauptakteure im Rahmen der parlamentarischen Diplomatie sind Parlamentspräsidium, Parlamentsausschüsse und IPFGs (Weisglas und Boer 2007; Stavridis und Jančić 2016). Nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert, dienen sie als bilaterale Ergänzung zu internationalen Organisationen im Rahmen der Interparlamentarischen Union (IPU). Sie entstanden, um den Dialog auf parlamentarischer Ebene jenseits formeller Regierungsverhandlungen zu vertiefen – angeregt durch die IPU, die bilaterale Gesprächsformate förderte. Gerade in Europa – unterstützt durch Institutionen wie Europarat und EU – sowie im Commonwealth, in den USA und in verschiedenen Weltregionen wurden IPFGs als Mittel zur Parlamentariervernetzung und Förderung des gesellschaftlichen Austauschs eingeführt. Auch zwischen Staaten mit gegensätzlichen politischen Systemen entwickelten sich Freundschaftsgruppen als Brücken für Verständigung (Hulme 2010). In der Forschung gelten IPFGs als flexible, informelle Austauschkanäle und wichtige Ergänzung zu formalen internationalen parlamentarischen Institutionen (Giesen und Malang 2021: 525–529). Sie sind zentral für Normendiffusion, bilaterale Kooperation und verbinden diplomatische sowie politische Ziele mit niedriger Institutionalisierung. Ihre schwache Institutionalisierung erlaubt Flexibilität und zügige Reaktion auf neue Themen, kann

aber auch Transparenzdefizite und Ungleichheiten fördern (Vabulas und Snidal 2013: 209–210). IPFGs fungieren als Instrumente „legislativer Soft Power“, schaffen vertrauensbasierte Netzwerke und fördern durch informellen Austausch demokratische Normen (Giesen und Malang 2021: 542). Projekte wie die Rose-Roth-Seminare der NATO Parliamentary Assembly zeigen, wie persönliche Kontakte demokratische Lernprozesse anstoßen können (Flockhart 2004: 371–374). Ringe und Victor (2013: 18ff.) unterstreichen zudem den Nutzen von IPFGs für den Transfer politischer Informationen und Best Practices, was besonders in komplexen Politikfeldern wie Klima oder Handel bedeutsam ist.

Grafik 2. Strukturmodell von Parlamentariergruppen



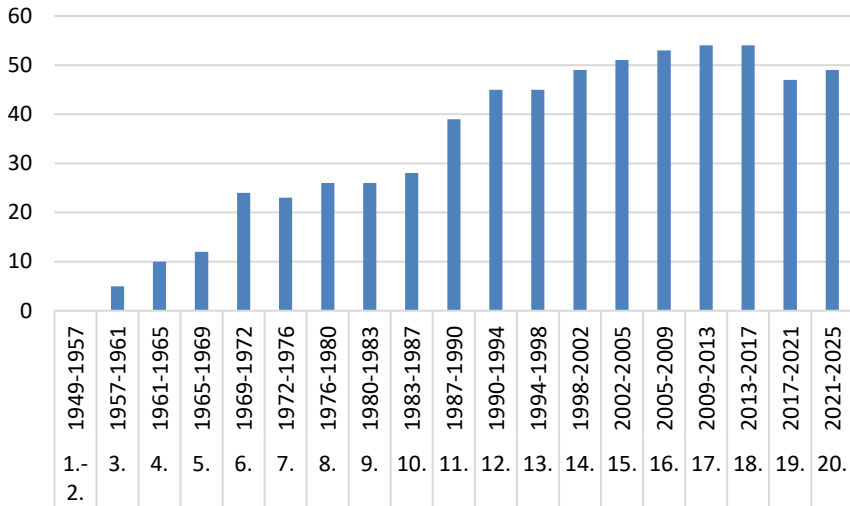
Quelle: eigene Darstellung

Deutsch-ausländische Parlamentariergruppen

Deutsch-ausländische Parlamentariergruppen entstanden im Bundestag ab Ende der 1950er Jahre (Bundestag 2022: 2073), anfangs besonders im Kontext der deutsch-französischen Aussöhnung und Westintegration. Die ersten Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages, der 1951 der IPU beigetreten war, wurden in der dritten Wahlperiode (1957–1961) gegründet (Pilz 2010: 165–179). Die 1965 gegründete deutsch-koreanische Parlamentariergruppe (DKPG) war eine der ersten Parlamentariergruppen des Bundestages nach Gründung und Erstkonstituierung von Parlamentariergruppen mit Verbindungen nach Großbritannien (1959), Frankreich (1959), Türkei (1959), Afrika (1960), Italien (1962) und Finnland (1964) (Bundestag 1999: 3608–3612). Die deutsch-japanische Parlamentariergruppe wurde zwar anlässlich des Besuchs des Bundestagspräsidenten und Mitglieder einer Delegationsreise in Japan bereits 1962 gegründet, jedoch offiziell erst am 11. Januar 1966 konstituiert (Bundestag 1999: 3609). Damit war die Konstituierung der DKPG 1965 die erste ihrer Art des BT mit einem asiatischen Land. Die Zahl der Parlamentariergruppen hat sich von 28 Gruppen in der zehnten Wahlperiode (1983–1987) auf 47 Gruppen

in der 20. Wahlperiode (2021–2025) fast verdoppelt (Bundestag 2022: 2073; siehe Grafik 3).

Grafik 3. Anzahl der deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages (1949–2025)



Die Parlamentariergruppen werden initiativ von Abgeordneten gegründet und dienen dem regelmäßigen Austausch, dem persönlichen Kennenlernen, Informationsgewinn und der politischen Kontaktpflege (Bundestag 2025). Auch wenn ihnen keine direkte Entscheidungsgewalt zukommt, führen Impulse aus dem Austausch gelegentlich zu politischen Konsequenzen. Die Gruppen sind fraktionsübergreifend besetzt; Abgeordnete können bis zu drei Gruppen angehören – ihre Zusammensetzung und Anzahl werden zu Beginn jeder Wahlperiode vom Ältestenrat bestimmt. Ein festes Regelwerk existiert darüber hinaus nicht, aber für Aktivitäten steht ein Budget zur Verfügung (Pilz 2010: 167). Ziele sind die Stärkung des Dialogs mit Partnerparlamenten und die Förderung internationaler Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Administrativ werden sie von der Abteilung Dienste für Abgeordnete und der Allgemeinen Verwaltung (ZD bzw. ZA) betreut (Bundestag 1999: 3417). Schwerpunkte sind Informationstransfer, Unterstützung demokratischer Strukturen und Menschenrechte, sowie flankierende Unterstützung der Außenpolitik der Bundesregierung. Regelmäßig finden Treffen und Informationsreisen statt, auch kooperieren die Gruppen mit diplomatischen Vertretungen und Akteuren aus Wissenschaft, Kultur und Medien. Darüber hinaus dienen sie dem Aufbau von Vertrauen, besonders auch zur Unterstützung junger Demokratien und im Bereich der Konfliktlösung. Nach Pilz (2010) gelten die Parlamentariergruppen heute als unverzichtbares

Mittel parlamentarischer Kontrolle in der Außenpolitik, da sie zusätzliche Informationsquellen und Foren für den internationalen Austausch bieten (Pilz 2010: 165ff.). Die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages stellen eine besondere Form der interfraktionellen Zusammenarbeit dar. Es handelt sich dabei um informelle Zusammenschlüsse von Abgeordneten, die ohne eigene Satzung oder feste Geschäftsordnung agieren. Ihre Anzahl und regionalen Zuständigkeiten werden zu Beginn jeder Wahlperiode vom Bundestagspräsidium festgelegt, während sich die Besetzung der Vorsitze an den offiziellen Regeln für Ausschussvorsitze orientiert. Es steht nicht die politische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition im Vordergrund, sondern ein echtes, parteiübergreifendes Interesse an einem Partnerstaat oder einer Weltregion. Die Abgeordneten engagieren sich freiwillig diesen Gruppen, oft motiviert durch persönliche Kontakte, fachspezifische Schwerpunkte oder wirtschaftliche und kulturelle Bezüge ihres Wahlkreises. Diese Gruppen fungieren als wichtige Akteure der parlamentarischen Diplomatie. Durch regelmäßige Treffen, Informationsveranstaltungen und gegenseitige Besuchsreisen – die mindestens einmal pro Wahlperiode stattfinden – pflegen sie den Dialog mit internationalen Partnerparlamenten. Dabei fließen die gewonnenen Erkenntnisse direkt in die parlamentarische Arbeit im Bundestag und zum Teil auch in das Handeln der Bundesregierung ein. Ein entscheidender Vorteil dieser Gruppen liegt in ihrer Flexibilität. Da Abgeordnete weniger an strenge diplomatische Protokolle gebunden sind als Regierungsmitglieder, können sie in einer offeneren Atmosphäre auch sensible Themen wie Menschenrechtsfragen ansprechen oder in Konfliktsituationen als neutrale Vermittler auftreten (Pilz 2010: 165–179).

Die parlamentarische Diplomatie im Allgemeinen und die Rolle und Funktion parlamentarischer Freundschaftsgruppen im Besonderen sind jedoch nicht ohne Beschränkungen. So agiert parlamentarische Diplomatie nicht immer im Gleichschritt mit der Exekutive und es finden sich regelmäßig Aktivitäten, welche die offizielle Regierungspolitik in Frage stellen oder ihr gar schaden können, etwa wenn Abgeordnete durch Reisen oder Statements in sensiblen Konfliktregionen von der Linie des Außenministeriums abweichen (Stavridis und Jančić 2017). Zudem sieht sich die parlamentarische Diplomatie in der Praxis mit erheblichen strukturellen Herausforderungen konfrontiert (Malamud und Stavridis 2016: 106). Ein zentrales Hemmnis ist der allgemeine Mangel an Ressourcen, sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller Hinsicht, was die Tiefe des Engagements oft begrenzt. Hinzu kommen Probleme der Kontinuität: Da Parlamentarier dem Rhythmus von Wahlen unterliegen, gehen durch Abgang oder Nicht-Wiederwahl häufig mühsam aufgebaute persönliche Netzwerke und Fachwissen über internationale Themen verloren. Diese Instabilität erschwert den Aufbau langfristiger, vertrauensbasierter Beziehungen, die für die Diplomatie essenziell sind. Darüber hinaus leidet die parlamentarische Diplomatie oft unter mangelnder Anerkennung. In der medialen und öffentlichen Wahrnehmung werden Delegationsreisen von Freundschaftsgruppen mitunter kritisch, als „parlamentarischer Tourismus“ abgetan, was die Legitimität dieser Arbeit untergräbt (Stavridis 2021: 235).

Somit lässt sich resümieren, dass IPFGs zwar ein wertvolles Instrument der Diplomatie darstellen, ihre Wirkung bleibt jedoch stets durch diese institutionellen und politischen Spannungsfelder limitiert. Sie lassen sich als diplomatische Mesoakteure begreifen, die eine spezifische Scharnierfunktion in der internationalen Politik einnehmen. Sie agieren in einem Raum, der über die rein staatliche Exekutivdiplomatie hinausgeht, sich jedoch gleichzeitig durch eine stärkere institutionelle Rückbindung von der rein gesellschaftsorientierten Public Diplomacy abgrenzt. Das hier vorgeschlagene Analysekonzept des diplomatischen Mesoakteurs bezeichnet einen kollektiven, parlamentarisch legitimierten Akteur, der dauerhaft auf einer mittleren Handlungsebene zwischen der hierarchisch organisierten Exekutivdiplomatie und der diffusen, gesellschaftsorientierten Public Diplomacy operiert. Seine spezifische Ressourcenausstattung besteht erstens aus institutioneller Legitimation, die ihm formalen Zugang zu staatlichen und parlamentarischen Gegenübern ermöglicht; zweitens aus protokollarischer Flexibilität, die ihm ein Agieren jenseits formaler Routinen und Hierarchien erlaubt; und drittens aus akkumuliertem Sozialkapital in Form persönlicher Vertrauensbeziehungen, die durch Kontinuität und wiederholte Interaktion entstehen. Der analytische Mehrwert des Konzepts liegt darin, dass es als heuristisches Werkzeug verdeutlicht, wie IPFGs trotz geringer Institutionalisierung und begrenzter formaler Macht wirksam agieren können – und zwar nicht trotz, sondern wegen ihrer Zwischenposition, die ihnen eine doppelte Handlungsfähigkeit verleiht, d.h., nach oben als Zulieferer und Verstärker offizieller Diplomatie, nach unten als Brücke in die Zivilgesellschaft. Um die Rolle einer solchen Gruppe im Zeitverlauf systematisch zu erfassen, lässt sich aus der vorangegangenen Literaturdiskussion ein Dreiebenen-Modell – Struktur, Funktion, Inhalt – ableiten, das im folgenden Hauptteil als konzeptionelle Schablone dient. Auf der strukturellen Ebene steht die Funktion der IPFG als Erzeuger von Sozialkapital im Vordergrund. Das heißt, sie schaffen informelle, vertrauensbasierte Netzwerke, die durch personelle Kontinuität und fachlichen Austausch gekennzeichnet sind. Auf der funktionalen Ebene wirkt die theoretisch konstatierte Flexibilität parlamentarischer Diplomatie, da die Akteure weniger streng an formale Protokolle gebunden sind als die klassische Diplomatie, und so als alternative Kommunikationskanäle und „Sicherheitsventile“ dienen können. Es geht um die IPFGs und ihre Rolle bei der Normendiffusion und dem Informationstransfer, in der sie diverse alternative Informationen in den politischen Prozess einspeisen und Werte und Normen an Dialogpartner vermitteln.

Die deutsch-koreanische Parlamentariergruppe im Kalten Krieg (1965–1990)

Geteiltes Nachkriegsschicksal zweier Frontstaaten

Deutschland (ähnlich wie Japan) profitierte von den Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel in den 1950er Jahren. Der Ausbruch des heißen Koreakriegs (1950–1953) trug indirekt zum Beitritt zur NATO, zur Wiederbewaffnung und damit

zur schnelleren Wiedererlangung der nationalen Souveränität (Pariser Verträge 1955) Deutschlands bei (Wiggershaus 1986: 63; Krüger 2012: 175). Außerdem schreiben verschiedene Quellen dem Koreakrieg die Begünstigung des Wirtschaftswunders Deutschlands zu.⁵ Bereits 1951 hatte sich Südkorea an Deutschland gewandt, um diplomatische Beziehungen anzubahnen. Der Koreakrieg verhinderte jedoch weitere Entwicklungen. Nach dem Waffenstillstand hatte sich Deutschland 1954 mit einem Hospital des Roten Kreuzes auf der koreanischen Halbinsel eingesetzt und so erste Kontakte weiter geknüpft. Im selben Jahr wurde in Remagen eine südkoreanische Handelsvertretung gegründet, die ein Jahr später zu einem Generalkonsulat aufgewertet wurde. Ein weiteres Jahr später installierte die BRD ein Generalkonsulat in Seoul und 1957 schließlich eröffneten beide Staaten ihre ersten Gesandtschaften, die 1958 in Botschaften umgewandelt wurden.⁶ Bereits seit Mitte der 1950er Jahre kamen verschiedene wirtschaftliche Kooperationen zustande wie der Bau von Fabriken in Südkorea sowie Handelsabkommen und Verträge zur Förderung von Investitionen in beiden Ländern (Seong 2018). Später kamen Regierungsabkommen über technische Starthilfe und Technologietransfer hinzu. Spätestens mit der Zweiten Republik (1960–1963) setzte man in Südkorea die Priorität auf die wirtschaftliche Stabilisierung, da man immer noch stark von ausländischer Hilfe abhängig war. Diese Frage war umso dringlicher, da die wichtigste Auslandshilfe der USA zurückging. Wichtig war nun also sowohl die Diversifizierung der Auslandshilfen als auch die Verbesserung der eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten, um Korea so schnell wie möglich wirtschaftlich unabhängig zu machen (Seong 2018). Anfang der 1960er Jahre erklärte sich Deutschland bereits dazu bereit, beim Bau von Stahl-, Kraft-, Zement- und Düngemittelfabriken zu helfen und die Entwicklung von Schiffswerften in Busan und des Kohlebergbaus zu finanzieren.

Deutschlands Interesse lag neben Korea als neuem Absatzmarkt vorrangig darin, aus sicherheitspolitischen Überlegungen dazu beizutragen, seinem Kalte-Kriegs-Zwilling zu einer gesunden wirtschaftlichen Basis zu verhelfen (Noh 2011: 316). Deshalb wurden wirtschaftliche Hilfeleistungen zunehmend durch einen intensivierten diplomatischen und kulturellen Austausch ergänzt. Nach dem Koreakrieg-Schock (1951) hatte Deutschland mit der Zweiten Berlinkrise (1958) eine weitere dramatische Entwicklung durchlaufen, die 1961 schließlich zum Mauerbau führte. Die Kuba-Krise (1962) machte gleich darauf deutlich, wie fragil das Konstrukt des Kalten Krieges war. Die Welt wurde zusehends in zwei Sphären polarisiert und nun galt

5 Argumente für eine Relevanz des Koreakrieges finden sich u.a. bei Abelshauser (1982, 2004: 159) und häufig in der südkoreanischen Fachliteratur (z.B. Noh 2011: 315), eine vermittelnde Position bei (Ciesla 2012: 111), und eine Gegenposition zum Beispiel bei Temin (1995: 738).

6 Am 1. Dezember 1955 nahmen die beiden Länder die diplomatischen Beziehungen wieder auf, und am 1. August 1958 wurde die südkoreanische Botschaft in Bonn eröffnet. Die Republik Korea eröffnete am 1. Oktober 1954 ein Generalkonsulat in Remagen, während die BRD am 11. Oktober 1956 ein Generalkonsulat in Seoul eröffnete. Am 5. März 1956 erhoben sowohl die BRD als auch die BRK ihre Generalkonsulate in den Rang diplomatischer Vertretungen, und am 1. August 1958 wurden diese durch eine gemeinsame Erklärung beider Länder in Botschaften umgewandelt.

es, für die Sicherheit zu sorgen. Dazu gehörte für Deutschland vor allem die Stärkung der Allianz mit Ländern der sogenannten freien Welt. Neben Nordamerika und Westeuropa sowie Japan war damit auch Südkorea ein zentraler Partner, auch weil das Land in Ostasien eine sehr ähnliche Frontstaatstellung aufwies wie das geteilte Deutschland in Europa.

Zwischen 1964 und 1967 fand zunächst eine Reihe hochrangiger offizieller Besuche westdeutscher Politiker in Südkorea und umgekehrt statt, um den Ausbau der diplomatischen Beziehungen voranzutreiben. Den Beginn machte im Juni 1964 Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU), der auf Einladung des südkoreanischen Parlaments Seoul besuchte. Gerstenmaier war über Tokyo nach Seoul gekommen und berichtete sowohl Park Chung-hee und Premierminister Jeong Il-gwon als auch der Opposition. Auch der südkoreanischen Presse gab er Auskunft über seinen Austausch mit Premierminister Ikeda Hayato, der ihm gegenüber ausdrücklich das Interesse Japans an der Normalisierung der Beziehungen mit Südkorea bekundet hatte (Chosun Ilbo 1964: 2). Gerstenmaiers Position war, dass Südkorea seinen Groll gegen Japan überwinden und die beiden Länder sich die Hände reichen müssten, um eine produktive Beziehung zu schaffen, auch weil die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch im dringenden Interesse der gesamten freien Welt liege (ebd.). Dieses Pochen auf die Normalisierung der Beziehungen mit Japan ist ein durchgängiges Thema der Vertreter der Bundesrepublik, das sie gegenüber Südkorea immer wieder aufwerfen (s.u.). Dies zeigt sehr anschaulich die Interessen und Motivation Deutschlands zu dieser Zeit an den Beziehungen mit Südkorea: Wirtschaft und Sicherheit.

Ein halbes Jahr später im November besuchen der damalige Verteidigungsminister Franz Strauß (CSU) und MdB Leo Wagner (CSU) Südkorea. Anlass war eine Einladung der bereits 1957 gegründeten Koreanisch-Deutschen Gesellschaft (KDG; *Handok Hyeophoe*), die eine „Nacht der Deutsch-Koreanischen Freundschaft“ veranstaltete.⁷ Neben Botschafter Franz Ferring nahmen der südkoreanische Premierminister, einzelne Kabinettsmitglieder und das Parlamentspräsidium sowie Medienvertreter teil (Donga Ilbo 1964: 1). Die Veranstaltung, zu der auch eine Fotoausstellung zu Formen des Alltagslebens in beiden Ländern gehörte, diente hauptsächlich der Vorbereitung des im Dezember folgenden Staatsbesuch von Park Chung-hee in Deutschland (Kyunghyang Sinmun 1964: 5). Dass gerade Strauß Teil der kleinen Delegation war, hat wohl den Hintergrund, dass er Gerstenmaier nahestand, da Strauß später (1967) Gerstenmaier aktiv bei seiner Kanzlerkandidatur unterstützte. Wagner wiederum war eine Art Zögling von Strauß und half diesem später nach der Spiegel-Affäre 1962 wieder in der Partei Fuß zu fassen. Wagner wurde später der erste Vorsitzende der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe (s.u.).

⁷ Der damalige Botschafter Deutschlands, R. Hess, wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Vorsitzender wurde An Ho-sang, Geschäftsführer Jo Ga-gyeong sowie ein gewisser Hinrich und Schatzmeister Karl Janson (Chosun Ilbo 1957: 2).

Staatsbesuch von Park Chung-hee in Deutschland

Der Staatsbesuch von Präsident Park Chung-hee Anfang Dezember 1964 (7.–14.12.) in Deutschland war der erste seiner Art nach seinem Amtsantritt.⁸ Noch in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Nationalen Wiederaufbau, ein formalisiertes Gebilde als Teil des Versuchs, den Militärputsch vom 16. Mai 1961 salonfähig zu machen, war er zuvor bei seinem US-Besuch (1961) mit US-Präsident John F. Kennedy zusammengetroffen, konnte jedoch keine weitere finanzielle Unterstützung aushandeln. Die Versuche, mit Japan ein Normalisierungsabkommen zu verhandeln, um die für die Wirtschaftsentwicklung benötigten Finanzmittel zu erhalten, hat Park gleich nach dem Militärputsch angestrengt. Die Verhandlungen wurden jedoch neben Meinungsverschiedenheiten vor allem durch den Widerstand der südkoreanischen Bevölkerung verzögert. Deutschland war daher der logische dritte Anlaufpunkt für Park, der in seinem Buch *Der Staat, die Revolution und ich* (1962) dezidiert die Entwicklung von Nachkriegsdeutschland als Vorbild für Südkorea gepriesen hatte. Park hatte Ende Mai 1963 persönlich den deutschen Botschafter in Südkorea, Karl Büniger, auf weiterreichende Kooperation zwischen den beiden Ländern angesprochen. Zuvor hatte Außenminister Choe Deok-sin (späterer Botschafter in Deutschland; seit 8. September 1963) im November 1962 Deutschland besucht, wobei weitreichende Vereinbarungen über Kredite und weitere Entsendungen von Bergarbeitern und Krankenschwestern getroffen wurden. Der beiderseitig als erfolgreich bewertete Staatsbesuch Parks 1964 sorgte für die weitere Festigung und den Ausbau der bilateralen Beziehungen.

Vor diesem Hintergrund wurde am 1. April 1965 mit aktiver Unterstützung von Bundestagspräsident Gerstenmaier die deutsch-koreanische Parlamentariengruppe gegründet. Mit rund 60 Mitgliedern war sie eine von damals zehn ähnlichen Gruppen des Bundestages und glich in ihrer Größe der deutsch-amerikanischen Parlamentariengruppe (Chosun Ilbo 1965: 2). Der CSU-Abgeordnete Leo Wagner übernimmt den Vorsitz bis zu seinem letzten Mandat in der 8. Wahlperiode (1976). Wagner hatte 1945 den CSU-Kreisverbandes Günzburg mitbegründet, dessen Vorsitzender er ein Jahr später wurde, bevor er sukzessive in der Partei aufstieg. Er wurde drei Mal in den Bundestag gewählt, in dem er für zwölf Jahre (1963–1975) parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe war. Ein Jahr nach der Konstituierung der DKPG wurde Wagner 1966 zusammen mit Kanzlersohn Max Adenauer und dem Bonner Verleger Hermann Pfattheicher Mitbegründer der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft (DKG), deren Präsident und späterer Ehrenpräsident er wurde.⁹ Bundestagspräsident Gerstenmaier und Botschafter Choe Deok-sin wurden zu Ehrenvorsitzenden gewählt, während Max Adenauer zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Leo Wagner (CSU), Willi Müller (SPD) und Wolfgang Rutschke (FDP) bestimmt, um politisch proportional ausbalanciert zu

⁸ Zu Details von Parks Deutschlandbesuch siehe Noh (2011).

⁹ Die Gründungsfeier fand am 21.06.1966 in Form einer Großveranstaltung in der Bonner Beethovenhalle statt (Chosun Ilbo 1966: 3).

sein. Die selbsterklärte Hauptaufgabe der DKG wurde darin gesehen, Südkorea in Deutschland über die Intellektuellen-Kreise hinaus auch der allgemeinen Bevölkerung noch bekannter zu machen. Mit der DKG hatte die DKPG nun einen aktiven Partner in der Zivilgesellschaft, der den Austausch und gegenseitige Stimulation zwischen Parlamentariern und interessierter Öffentlichkeit Deutschlands fördert, und das bis heute. Diese frühzeitige institutionelle Verankerung der DKPG in der Zivilgesellschaft ist auf der strukturellen Ebene des Mesoakteur-Modells besonders aufschlussreich. Indem Wagner als DKPG-Vorsitzender gleichzeitig Mitbegründer und Präsident der DKG war, schuf er eine personelle Klammer zwischen parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Vernetzung. Dadurch konnte die DKPG von Beginn an Sozialkapital über die rein parlamentarische Sphäre hinaus akkumulieren – ein Strukturmerkmal, das ihre Handlungsfähigkeit als Mesoakteur erheblich erweiterte.

1966 (15. Februar) wurde im südkoreanischen Parlament (*gukhoe*) die koreanisch-deutsche Parlamentariergruppe gegründet, deren Vorsitz der Abgeordnete der regierenden Demokratischen Republikanischen Partei (DRP) Chang Gyeong-sun für die folgenden 15 Jahre (1966–1981) übernehmen sollte.¹⁰ Sie war die erste koreanisch-ausländische Parlamentariergruppe überhaupt. Chang hatte sein politisches Debüt als Mittäter des Militärputsches vom 16. Mai 1961 gemacht, woraufhin er zunächst zum Minister für Land- und Forstwirtschaft (1961–1963) und danach zum Vorsitzenden der Abteilung für operative Planung des Obersten Rates für den nationalen Wiederaufbau ernannt wurde. Kurz danach trat er als Generalleutnant aus der Armee aus und wurde 1963 zum Generalsekretär der DRP ernannt. Für die DRP und ihre Nachfolgeparteien war er bis 1981 in fünf Wahlperioden Mitglied der Nationalversammlung (Wahlbezirk Jeong-eup-Gimje). Zwischen 1963 und 1972 diente er als stellvertretender Parlamentspräsident. In seiner Autobiografie erwähnt er besonders nachdrücklich das Engagement seines Gegenübers, Leo Wagner, für die deutsch-koreanischen Beziehungen. Ihm sei es zu verdanken, dass die erste Gruppe von Bergarbeitern und Krankenschwestern 1963 nach Deutschland gehen konnten (Chang 2007: 205).¹¹

Heinrich Lübkes Staatsbesuch in Südkorea

Der Staatsbesuch von Bundespräsident Heinrich Lübke in Südkorea 1967 (2.–6. März) erfolgte auf die Gegeneinladung von Präsident Park und sollte der weiteren Festigung der bilateralen Beziehungen dienen.¹² Drei Monate nach Lübkes Rückkehr jedoch verschlechterten sich die Beziehungen plötzlich durch die Ostberlin-

10 In seiner Funktion als Vize-Präsident der Nationalversammlung verteilte er die Posten der koreanisch-ausländischen Parlamentariergruppen wie die mit Großbritannien oder Frankreich. Den Vorsitz der koreanisch-deutschen Parlamentariergruppe reservierte er für sich und seine sämtlichen Mandatszeiten hindurch (Chang 2007).

11 Für eine detaillierte Beschreibung der gemeinsamen Migrationsgeschichte siehe Kim 2017.

12 Die DKPG hatte ursprünglich eine Reise nach Südkorea für das Jahr 1967 (19.–26.03.1967) geplant, die jedoch aus unbekannten Gründen offensichtlich nicht stattfand (700-30934/29.12.1966).

Affäre (Bundesaußenministerium 1968; Lee 2019). Der südkoreanische Geheimdienst hatte eine Reihe von südkoreanischen Studierenden aus Deutschland nach Südkorea entführt mit der Begründung, dass sie für die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK; Nordkorea) spioniert hätten. Sie hätten in Ostberlin mit der nordkoreanischen Botschaft zusammengearbeitet und einige hätten von dort aus Reisen nach Nordkorea gemacht. Nach südkoreanischem Recht stand darauf die Todesstrafe oder lebenslange Haft. Da die Verdächtigen jedoch auf deutschem Territorium und ohne vorherige Absprache mit den hiesigen Behörden entführt worden waren, kam es zu einer tiefen diplomatischen Krise zwischen den Ländern. Bonn reagierte auf die Souveränitätsverletzung mit massiver Druckdiplomatie, die von der Androhung eines vollständigen Abbruchs der Entwicklungshilfe bis hin zum zeitweiligen Abzug des Botschafters reichte (Kim und Yang 2013: 28). Während die Beziehungen in dieser Phase nach außen hin eingefroren schienen, wurde die technische Zusammenarbeit trotz der politischen Krise als essenzielles Instrument zur Exportförderung und Systemstabilisierung im Kalten Krieg weitergeführt (Altenhofen 2025: 289). Eine wirkliche Entspannung wurde schließlich durch das pragmatische Prinzip „Gnade für Kredite“ erreicht. Erst nachdem die südkoreanische Regierung durch alle Instanzen ihre gerichtliche Souveränität demonstriert hatte, wurden die Inhaftierten bis Dezember 1970 schrittweise begnadigt und freigelassen, was den Weg für eine Ausweitung der Kooperation in den 1970er Jahren ebnete (Noh 2011: 318; Kim und Yang 2013: 35, 38; Altenhofen 2025: 288–289).

Welche Rolle die DKPG in der Bewältigung dieser Krisen spielte, ist schwer belegbar. Es scheint, dass Wagner in seiner Funktion als Vorsitzender einerseits versuchte, bei der deutschen Seite zum Handeln aufzurufen, zum Beispiel, als er im Oktober 1967 eine Petition an den damaligen Bundesaußenminister Willy Brandt richtete (Lee 2019: 137) und zwei Monate später ein weiteres Mal, als er in einer öffentlichen Bundestagsdebatte dazu die Bundesregierung zu „diplomatischem Fingerspitzengefühl“ aufrief (FAZ 1967: 3). Außerdem verschob Wagner eine für 1968 geplante Delegationsreise nach Seoul offensichtlich absichtlich, um der Irritation der deutschen Seite über das Verhalten des südkoreanischen Geheimdienstes Ausdruck zu verleihen. Das wird deutlich durch ein Schreiben des südkoreanischen Botschafters in Deutschland aus dem Jahr 1968, der seinem Außenminister erklärt, dass die Verzögerung der Südkorea-Reise von Leo Wagner wahrscheinlich mit der Ostberlin-Affäre in Verbindung stehe.¹³ Dieses Fallbeispiel illustriert anschaulich die im konzeptionellen Rahmen beschriebene funktionale Dimension des Mesoakteurs: Wagner konnte auf der parlamentarischen Zwischenebene gleichzeitig als Sprachrohr (Petition an Brandt, öffentlicher Bundestagsaufruf) und als stilles Druckmittel (Verschiebung der Delegationsreise) agieren – eine Kombination, die weder der Exekutivdiplomatie noch einem rein privaten Akteur in dieser Form möglich gewe-

13 Das Schreiben wurde in Kopie an die Geschäftsführung des Parlamentes weitergeleitet (GEW-0145/15-Feb-1968).

sen wäre. Die DKPG fungierte hier als genau jenes „Sicherheitsventil“, das das Dreiebenen-Modell auf der funktionalen Ebene postuliert. Erst im Mai 1969 (18.–24.05.) reiste Wagner wieder mit zwei weiteren Abgeordneten des Bundestages nach Südkorea. Es war die erste Delegationsreise der DKPG nach einem Hiatus von fünf Jahren und sollte der langsamen Wiederannäherung dienen. Während des einwöchigen Aufenthaltes auf Einladung von Parlamentspräsident I Hyo-sang führte die Delegation unter Leitung von Wagner Gespräche mit hochrangigen Politikern wie dem Parlamentspräsidenten, Premierminister Jeong Il-gwon, Außenminister Choe Gyu-ha und schließlich auch Präsident Park Chung-hee. Beim Zusammentreffen mit dem Parlamentspräsidenten sagte Wagner, dass die „Verbesserung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern auf der realen Ebene beginnen“ müsse, womit er auf die Konflikte auf Grund der Ostberlin-Affäre anspielte (Chosun Ilbo 1969: 2). Von Präsident Park bekam Leo Wagner (am 23.5.1969) den Orden für diplomatische Verdienste Zweiten Grades (Order of Diplomatic Service Merit, *Heunginjang*) verliehen, was offensichtlich als Ausdruck des guten Willens und einer Vertrauensbekundung seitens der südkoreanischen Staatsführung verstanden werden konnte (National Archives of Korea 1969). Dies hat Leo Wagner vielleicht motiviert, Anfang Februar 1970 eine Petition an Premierminister Jeong zu richten, in der er sich für die restlichen Inhaftierten einsetzt (Lee 2019: 137).

Mit dem Besuch von Außenminister Walter Scheel drei Monate später im Mai 1970, um ein deutsch-koreanisches Kulturabkommen sowie ein Abkommen zur Gründung einer Berufsschule in Südkorea zu unterzeichnen, kamen die Beziehungen auf offizieller Ebene langsam wieder in Gang. Scheel gelang es auch, die Freilassung der zu diesem Zeitpunkt noch inhaftierten Entführten zu erwirken. Ein Jahr später im Juni 1971 wurde auch wieder wie gewohnt die DKPG unter Führung von Leo Wagner von Präsident Park empfangen (Kyunghyang Sinmun 1971: 1).¹⁴ Auch zwei Jahre später im März 1973 kam Leo Wagner als Delegationsleiter der DKPG zu einem Treffen mit Präsident Park,¹⁵ sowie Ende Juli 1974 mit Premierminister Kim Jong-pil (Chosun Ilbo 1974: 1). Auch wenn es zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten noch weitere Jahre brauchen würde, gab es mit kleineren Unterbrechungen bis Mitte der 1970er Jahre einen regelmäßigen bilateralen Austausch vor allem durch die jährlichen gegenseitigen Besuche der Gruppenmitglieder. Danach besuchen vor allem Abgeordnete der koreanischen Seite weitaus häufiger die Bundesrepublik als umgekehrt. In den meisten Fällen waren dies jedoch keine KDPG-Delegationen, sondern Delegationen von Parlamentsausschüssen, die mit einem entsprechend konkreten inhaltlichen Thema nach Deutschland kamen und auch meistens in mehrere andere Länder reisten. Insgesamt jedoch waren die offiziellen Beziehungen zwischen Seoul und Bonn im Vergleich zu vorher weiterhin durch ei-

14 Weitere Mitglieder der Delegation waren Richard Stückele, Friedrich Zimmermann und Erich Riedel.

15 Weitere Delegationsmitglieder waren: Erich Riedel und Franz Brinkmann. Auch der Vorsitzende der KDPG, Chang Gyeong-sun war bei dem Treffen dabei (Chosun Ilbo 1973).

nen Mangel an aktivem Engagement vor allem von Seiten Deutschlands gekennzeichnet. Die diplomatischen Verstimmungen auf Grund der Ostberlin-Affäre waren noch nicht gänzlich aufgelöst, da sorgte die Entführung und spätere Inhaftierung der wichtigsten Oppositionsfigur, Kim Dae-jung, aus einem Hotel in Japan für erneute Spannungen (Köllner 1998: 25). Die Besuche von südkoreanischen Abgeordneten nahmen hingegen seit Mitte der 1970er Jahre stark zu (National Assembly 1986). Im Jahr 1975 fanden vier Abgeordneten-Besuche statt, zwei Jahre später waren es fünf und 1978 kamen südkoreanische Abgeordnetendelegationen ganze acht Mal nach Bonn. Es handelte sich hierbei jedoch in der Mehrzahl um Arbeitsbesuche von verschiedenen Ausschüssen der südkoreanischen Nationalversammlung, die Deutschland in den meisten Fällen als eine von mehreren Stationen besuchten mit einem Thema, das im Zusammenhang mit ihrer Ausschusstätigkeit stand. Austauschreisen der beiden Partnergruppen kamen weniger regelmäßig vor. Der Austausch beginnt sich erst ab Mitte der 1980er Jahre wieder zu normalisieren, nachdem 1979 das Ende der Zeit der deutschen Zurückhaltung mit offiziellen Besuchen von Vertretern beider Staaten eingeläutet wurde. Der CSU-Abgeordnete Karl-Heinz Spilker, der den Vorsitz der DKPG 1976 von Wagner übernommen hatte, reiste einmal im Februar 1979 und noch einmal im August mit einer Delegation nach Seoul (National Assembly 1986: 75f.). Im Juni 1979 hatte der Sondergesandte der südkoreanischen Regierung, Kim Jong-pil, die Bundesrepublik besucht und traf während seines Aufenthaltes in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen. Im Oktober 1979 besuchte der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf von Lambsdorff Seoul. Gerade durch diese abwechselnden Besuche normalisierten und intensivierten sich die Beziehungen wieder. Jedoch führte nach der Ermordung Präsident Parks der Putsch durch Chun Doo-hwan im Dezember 1979 und seine Machtergreifung sowie die blutige Niederschlagung der Gwangju Demokratiebewegung 1980 und die folgende Militärdiktatur erneut zu Verstimmungen. Das hatte u.a. zur Folge, dass die DKPG in der 9. Wahlperiode (1980–1983) nicht konstituiert wurde und entsprechend ihre jährlichen Südkorea-Reisen erneut für fünf Jahre einstellte und erst ein Jahr nach ihrer Re-Konstituierung am 28. Juni 1984 wieder aufnahm (Bundestag 1999: 3610).

In Südkorea hatte 1981 unterdessen der Abgeordnete der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DGP), Wang Sang-eun, den Vorsitz der KDPG übernommen und wurde damit Spilkers neues Gegenüber.¹⁶ Wang war Unternehmer im Schifffahrtsgewerbe und wurde 1978 Vorsitzender der Busan Container Pier Operation Corporation, womit er den Grundstein für den Betrieb des Busaner Hafens legte. Seine politische Karriere hatte parallel bereits Anfang der 1970er begonnen, zunächst mit seiner Wahl in das Wahlmännergremium der Vierten Republik (1972–1981). Drei Jahre später gewann er einen Sitz in der Nationalversammlung der Fünften Republik (1981–1987) für die Regierungspartei DGP in seinem Wahlkreis und zog 1985 per Listenplatz erneut für sie ins Parlament ein. Durch sein Wirken als

16 Darüber hinaus war Wang auch Vorsitzender der koreanisch-französischen und der koreanisch-amerikanischen Parlamentariergruppe (Yonhapnews 2019).

umtriebiger Unternehmer, aber auch als Vorsitzender der KDPG erhielt er 1983 das Bundesverdienstkreuz, das ihm stellvertretend durch den deutschen Botschafter Wolfgang Eger verliehen wurde (Maeil Gyeongje 1983: 2). Offensichtlich hatte Wang ein besonders enges Verhältnis zur Lufthansa. Dies zeigte sich nicht nur darin, dass er bei der Eröffnungsfeier zum Regelanflug der Lufthansa von Gimpo im Jahr 1984 eingeladen wurde (Maeil Gyeongje 1984: 7), sondern die deutsche Lufthansa taufte im Jahr 2002 auch ihr Frachtflugzeug vom Typ Boeing 747-200 auf den Namen „Hyeopseong Hangong Wang Sang-eun“.¹⁷ In der Funktion des Vorsitzenden der KDPG folgte ihm für die nächsten 12 Jahre der DGP-Abgeordnete Park Cheol-eon, der 1988 zum ersten Mal über einen Listenplatz in die Nationalversammlung gewählt worden war. Seine politische Karriere gewann an Dynamik, als er in den 1980er Jahren enge Verbindungen zu Präsident Roh Tae-woo (1987–1992) aufbaute und als enger Berater sowie hochrangiger Beamter im Präsidialamt und in sicherheitsrelevanten Institutionen fungierte. In dieser Rolle galt er als einflussreicher Strippenzieher während der Roh-Regierung. Nach Chang war mit Wang also erneut ein politisches Schwergewicht mit der Aufgabe der Führung der koreanisch-deutschen Parlamentariergruppe betraut worden, was dafür spricht, dass man dieses Instrument der parlamentarischen Diplomatie auch auf koreanischer Seite zu schätzen wusste.

Die Konsolidierungsphase der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe (1990–heute)

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ändern sich auch die Beziehungen zur koreanischen Halbinsel. Bereits Ende Januar 1991 eröffnete in den Räumen der ehemaligen DDR-Botschaft in Nordkorea eine Interessenvertretung Deutschlands (Hertrampf 2005b: 269). Zehn Jahre später folgt die Normalisierung diplomatischer Beziehungen mit der Einrichtung von Botschaften in beiden Ländern. In der 12. Wahlperiode des Bundestages wurde ab 1990 der CSU-Abgeordnete Peter Ramsauer Vorsitzender der DKPG (1990–1998), gleich nachdem er zum ersten Mal in den Bundestag gewählt worden war (Maeil Gyeongje 1992: 4). In dieser Funktion bereiste er nicht nur Südkorea regelmäßig, sondern auch Nordkorea zwei Mal, im September 1995 (Chosun Ilbo 1995: 5) und im Oktober 1997 (Meisner 2014). Seine erste Reise fand kurz nach dem Tod von Kim Il-sung (1994) statt – zu einem Zeitpunkt, als unter anderem die Nachfolgefrage noch nicht abschließend geklärt war. Zudem war gerade die erste Atomkrise von 1993/94 beigelegt worden, die zur Gründung der multilateralen Sicherheitsorganisation Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) geführt hatte. Die KEDO wurde 1995 von den USA, Südkorea und Japan gegründet, die zwei Leichtwasserreaktor-Kernkraftwerke in Nordkorea bauen

17 Das Flugzeug war das erste ausländische Flugzeug, das einen koreanischen Namen erhielt, was damals für Aufsehen sorgte (Yonhapnews 17.10.2019).

sollten, um die nordkoreanischen Reaktoren zu ersetzen, damit die Gefahr der Herstellung von waffenfähigem Plutonium reduziert und die Kooperation von Nordkorea gefördert werden konnte.

Während ihres Aufenthalts in Pyeongjang führte die DKPG-Delegation um Ramsauer Gespräche mit ranghohen nordkoreanischen Funktionären, darunter Ri Jong-hyok (Vizepräsident des Präsidiums der Obersten Volksversammlung), Hwang Jang-yeop (Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen des Zentralkomitees der Arbeiterpartei), Kim Yong-nam (Außenminister), Kim Jeong-u (Vorsitzender des Komitees für Außenwirtschaft) und Pak [Vorname unbekannt] (Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für die Kontrolle von Kernwaffen auf der koreanischen Halbinsel). Bei seinem späteren Aufenthalt in Seoul gab Ramsauer der südkoreanischen Presse und seinen dortigen politischen Gesprächspartnern weiter, dass die nordkoreanische Führung sehr an Wirtschaftskooperationen mit Südkorea interessiert sei (Chosun Ilbo 1995: 5). Er beschrieb die Lage nach der Hochwasserkatastrophe in Nordkorea auch als weniger dramatisch, als über sie im Ausland berichtet wurde. Bei demselben Aufenthalt nahm Ramsauer an der 12. Deutsch-Koreanischen Konferenz (6.–7.10.1995) auf Jeju teil, auf der sich die deutsch-koreanische Arbeitsgruppe zum Studium der Länder Osteuropas sowie der kommunistischen Staaten Asiens zu ihrer Jahrestagung traf. Organisiert wurde das jährliche Treffen vom Institute of East and West Studies der Yonsei Universität und vom Südosteuropa-Seminar des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Ost- und Südosteuropas der Universität München (Gumpel 1996). Aus der Perspektive des Mesoakteur-Modells verkörpern Ramsauers Nordkorea-Reisen exemplarisch die funktionale Dimension. Zu einem Zeitpunkt, als Deutschland und Nordkorea noch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen unterhielten und damit staatliche Kanäle formell verschlossen waren, konnte die DKPG als parlamentarischer Akteur mit institutionellem Rückhalt dennoch Zugang zu höchsten Regierungsebenen Nordkoreas gewinnen. Die unmittelbare Weitergabe von Informationen an südkoreanische Medien und Politiker nach der Rückkehr aus Pyeongjang verweist zudem auf die inhaltliche Ebene des Modells, indem die DKPG als alternativer Informationskanal fungierte, der – jenseits des diplomatischen Protokolls – Einschätzungen in den politischen Prozess einspeiste, die über offizielle Quellen nicht verfügbar waren.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea

Im Jahr 2001 nahmen Deutschland und Nordkorea seit der Wiedervereinigung zum ersten Mal offizielle diplomatische Beziehungen auf. Dem gingen entscheidende Entwicklungen im Jahr zuvor voraus. Die Bedingungen der einstweiligen Verbesserung der Beziehungen auf der Halbinsel und zwischen Nordkorea und westlichen Staaten ist vor allem vor dem Hintergrund von Regierungswechseln in den Staaten USA (Bill Clinton), Südkorea (Kim Dae-jung) und auch Deutschland (Gerhard Schröder) zu sehen. Die engagierte „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs, die er seit seinem Amtsantritt 1998 vertrat, nahm vor allem mit seiner Berliner Rede (FU

Berlin 2000) Fahrt auf, in der er Anfang März ein konkretes Gesprächsangebot an Nordkorea machte. Bei seinem Staatsbesuch traf Kim neben Bundespräsident Johannes Rau auch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen, der sich interessiert zeigte sowohl an Fragen der Wiedervereinigung der Koreas als auch wirtschaftlichem Austausch mit Südkorea (Tagesspiegel 2000a). Ein halbes Jahr später war Schröder anlässlich des Asien-Europa Treffens (ASEM) zu Gast in Seoul und verkündete offiziell, diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufnehmen zu wollen. Auf dem Weg nach Seoul reiste der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, zu vorbereitenden Gesprächen nach Nordkorea (Tagesspiegel 2000b).¹⁸

Ab 1998 hatte der CSU-Abgeordnete Hartmut Koschyk den Vorsitz der DKPG übernommen (Bundestag 2016) und prägte die Arbeit der DKPG für die nächsten 19 Jahre (1998–2017) maßgeblich. Auch während der vierjährigen Unterbrechung (2009–2013), in der Fraktionskollege Stefan Müller den Vorsitz führte, war er weiterhin aktives Mitglied der Gruppe. Koschyk hatte zuvor unter anderem in der Enquete Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mitgewirkt und so Interesse und Wissen zu geteilten Staaten entwickelt, die ein wesentlicher Hintergrund waren, weshalb er sich dafür entschied, sich als DKPG-Vorsitzender zu engagieren (Koschyk 2024). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Pflug wurde stellvertretender Vorsitzender bis 2013, dessen Engagement neben der parteipolitischen Komponente als gestandener Außenpolitiker und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages weitere Expertise und Verbindungen in die DKPG einbringen konnte. Nicht zuletzt hatte er sich jahrelang intensiv mit China beschäftigt und war auch eine Zeit lang Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe, was für den späteren Austausch mit Nordkorea hilfreich war (Pflug 2024). Nachdem Deutschland und Nordkorea 2001 offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen und beide Länder Botschaften eingerichtet hatten, intensivierte sich auch der Austausch über die deutsch-koreanische Parlamentariergruppe. Koschyk reiste als Vorsitzender zum ersten Mal Anfang Mai 2002 für Gespräche nach Pyeongyang, kurz nachdem sich im Nachgang zur Axis-of-Evil-Rede von US-Präsident Bush wenige Monate zuvor die Zweite Nordkoreanische Nuklearkrise zu entfalten begonnen hatte. Auf nordkoreanischer Seite traf man unter anderem mit ranghohen Politikern zusammen wie Ri Jong-hyok, Vorsitzender des für Europa und Deutschland zuständigen Ausschusses der Obersten Volksversammlung (OVS), Choe Taek-bok, Präsident des OVS, sowie Kim Yong-nam, Vorsitzender des Präsidiums des OVS und Staatsoberhaupt der DVRK (Derksen 2002). Diese werden in den folgenden Jahren immer wieder als zentrale Dialogpartner in Nordkorea aufgesucht (bspw. Müller 2012; Botschaft Pyeongyang 2004, 2015) bzw. bei Deutschlandbesuchen zu Austauschgesprächen eingeladen (bspw. Botschaft der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik 2006; Göpfert 2011). In der Folge konnten durch die

18 Gesprächsthemen waren Rüstungskontrollen und Abrüstung, Annäherungsprozess zwischen Nord- und Südkorea und Öffnung für Journalisten und Menschenrechtskommissionen (Tagesspiegel 2000b).

engagierte Vermittlung der DKPG verhältnismäßig gute Beziehungen zwischen Deutschland und Nordkorea aufgebaut werden (Hertrampf 2005a: 290). Koschyk hat sich dabei als Vertreter Deutschlands als „ehrllicher Makler“ verstanden und auch die potenzielle Rolle der EU betont (FAZ 2004a: 6). Nordkorea hatte regen Gebrauch von den Möglichkeiten gemacht, über die DKPG Informationen und Anfragen nach Seoul zu senden. Und auch Südkorea war es so möglich, sich über diesen alternativen Kanal mit Nordkorea in Verbindung zu setzen, insbesondere dann, wenn Spannungen die offiziellen Verbindungen erlahmen ließen. Vor diesem Hintergrund entstand im Jahr zuvor auf südkoreanischer Seite die Idee, die Parlamentariergruppen der nordkoreanischen Obersten Volksversammlung und der südkoreanischen Nationalversammlung unter Vermittlung der DKPG im Deutschen Bundestag zu Gesprächen zusammenzubringen (Koschyk 2002b). Koschyk hatte sich die Idee sogleich proaktiv als eine Möglichkeit eines Beitrags zum innerkoreanischen Annäherungsprozess zu eigen gemacht und bei seiner Delegationsreise 2002 für den Vorschlag auch die grundsätzliche Befürwortung des Vorsitzenden der nordkoreanisch-deutschen Parlamentariergruppe Ri Jong-hyok erhalten, der die Umsetzung jedoch von der Entwicklung der innerkoreanischen Beziehungen abhängig machte. In der Folge bemühte sich Koschyk, der im September wiedergewählt worden war und auch den Vorsitz der DKPG fortführte, für die nächsten Jahre wiederholt darum, die Idee umzusetzen, und konnte auch alle direkt Beteiligten dafür gewinnen (siehe z.B. Derksen und Jaedtke 2006). Der Plan verlief jedoch trotz dieser Bemühungen letztlich im Sand, wahrscheinlich aufgrund nordkoreanischer Sachzwänge.

In den Jahren 2003 bis 2012 hatte Koschyk zusätzlich zu seinem DKPG-Vorsitz die Funktion des Ehrenpräsidenten der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft inne (Konhäuser 2015) und folgte damit auch hier der Tradition seiner Vorgänger, um durch die Synergieeffekte dieser Personalunion seinen Aktivitäten für die Beziehungen zwischen Deutschland und den Koreas zugutekommen zu lassen.¹⁹ 2006 wurde er darüber hinaus zum Ko-Vorsitzenden des Deutsch-Koreanischen Forums (DKF) ernannt, ein wichtiger dritter Posten. Das DKF wurde Ende Juni 2002 gegründet, um den Austausch und die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu fördern. Die Gründung wurde von koreanischer Seite (KDG-Präsident Huh Young-sup) vor dem erklärten Hintergrund initiiert, dass es trotz der seit fast 120 Jahren bestehenden engen Zusammenarbeit zwischen Korea und Deutschland bisher keinen regelmäßigen und formalisierten Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene gegeben hat (Koschyk 2002a; Mael Gyeongje 2002). Bei den jährlichen Treffen, die abwechselnd in Deutschland und Südkorea stattfinden, kommen Vertreter aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um für beide Gesellschaften wichtige Themen zu diskutieren und gemeinsam erarbeitete Empfehlungen an die Regierungen beider

19 Im Jahr 2012 wurde ihm nach 24 Jahren Engagement für die deutsch-koreanischen Beziehungen von der Republik Korea der Erste-Klasse-Orden für besondere diplomatische Verdienste in Form der „Gwanghwa-Medaille“ verliehen (Koreanische Botschaft 2012).

Länder zu richten. Die Gründungsveranstaltung fand im Beisein des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau und des südkoreanischen Premierministers Lee Han-dong statt, in dessen Rahmen auch das erste Forum (27.–30.06.2002) abgehalten wurde. Erster deutscher Ko-Vorsitzender des Forums war der langjährige Herausgeber der „Zeit“, Dr. Theo Sommer,²⁰ auf dessen Anregung hin ihm anschließend fünf Jahre später Hartmut Koschyk folgte, der selbst auch Gründungsmitglied des Forums war (Schultze 2014). Diese dreifache Personalunion von DKF, DKG und DKPG diente Koschyk im weiteren Verlauf seiner aktiven Wirkungszeit als effektive Grundlage für sein diplomatisches Engagement. Vor allem seine aktiven Bemühungen um Kommunikation und Kooperation mit nordkoreanischen Partnern waren hierdurch gut unterfüttert.²¹ Aus der Perspektive des Mesoakteur-Modells repräsentiert diese dreifache Personalunion einen Extremfall der strukturellen Sozialkapitalakkumulation. Koschyk bündelte in seiner Person die parlamentarische Legitimation (DKPG), die zivilgesellschaftliche Vernetzung (DKG) und die transsektorale Dialogplattform (DKF) und schuf damit eine Handlungsgrundlage, die weit über die Möglichkeiten eines einzelnen Botschafters oder Ministerialbeamten hinausging. Dass diese Konstellation einmalig und personenabhängig war, verweist zugleich auf die strukturelle Verletzlichkeit des Mesoakteur-Modells. Denn mit Koschyks Ausscheiden 2017 endete auch diese Form der dreifachen institutionellen Verankerung. Schließlich übernimmt Koschyk 2014 außerdem den Ko-Vorsitz im Deutsch-Koreanischen Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung, in das ihn der damalige Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier berufen hatte (Konhäuser 2014). Steinmeier war im Oktober 2014 eigens nach Seoul gereist, um der Gründung beizuwohnen (FAZ 2014: 8), die auf eine Initiative der Regierung der Republik Korea zurückgeht. Am 1. Oktober 2010 wurde eine Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Republik Korea unterzeichnet, ab 2011 ein jährlich tagendes Expertengremium des koreanischen Vereinigungsministeriums und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie einzurichten, „zum Zwecke des Austauschs der Erfahrungen über die deutsche Wiedervereinigung und den Prozess des Zusammenwachsens nach der Deutschen Einheit, die Nordkorea- und die Wiedervereinigungspolitik der Republik Korea sowie die friedliche Verwirklichung der Einheit der koreanischen Halbinsel“ (Bundestag 2017). In diesem Zusammenhang wurde außerdem die Bildung eines Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen vereinbart. Die erklärte Aufgabe des Gremiums ist der Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess. Beide Seiten vereinbarten, den Austausch des Gremiums in dieser Form mit der fünften Sitzung im April 2017 in Berlin

20 Auf koreanischer Seite wurde der Präsident der Seoul Nationaluniversität Go Byeong-ik zum ersten Ko-Vorsitzenden gewählt (Yonhapnews 2002).

21 Nach 16 Jahren wechselte der deutsche Ko-Vorsitz 2023, als der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Sachsen, Martin Dulig, das Amt übernahm. Damit endete die besondere Form der dreifachen Personalunion mit dem Vorsitz der DKPG und der DKG. Die enge Kooperation zwischen Forum, Parlamentariergruppe und DKG wurde jedoch weitergeführt.

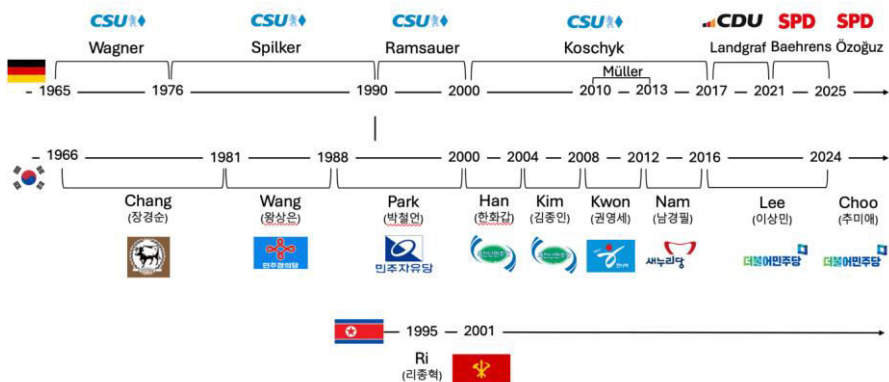
abzuschließen. Koschyk begleitete die Arbeit des Gremiums bis dahin in leitender Funktion. Die Konsolidierung der Aktivitäten der DKPG sowie der deutsch-koreanischen Beziehungen im Allgemeinen werden auch dadurch deutlich, dass der Deutsche Bundestag periodisch Entschließungen zu den Beziehungen erließ. Der erste Bundestagsbeschluss dieser Art, der 2003 proklamierte, die „deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln“ zu wollen, wurde aus Anlass des 120. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1883 erlassen (Bundestag 2003). Ihm folgten Beschlüsse zum 125., 130. und 140. Jubiläum (Bundestag 2008, 2013, 2023). Während der erste Teil dieser Entschließungen sich mit Feststellungen über wichtige wechselnde Entwicklungen des unmittelbaren Zeitkontextes befasste, beinhalten die Aufforderungen des Bundestages gegenüber der Bundesregierung im zweiten Teil zum Großteil Wiederholungen. Die wiederkehrenden Themen sind die Förderung der Verständigung auf der koreanischen Halbinsel, die Unterstützung zur Weiterführung der sogenannten Sechsergespräche zur Lösung der Nuklearfrage sowie die Würdigung des Deutsch-Koreanischen Forums. In der bisher letzten Entschließung 2023 wird durch den neuen Titel – „deutsch-koreanische Wertepartnerschaft stärken und zukunftsfest gestalten“ – die Weiterentwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen deutlich reflektiert.

Koschyk legte eigenen Angaben nach bei seinen Reisen nach Nordkorea selbsterklärtermaßen immer Wert darauf, dass neben Abgeordneten auch Vertreter der Wirtschaft, Medien und politischen Stiftungen teilnahmen, damit die Kontakte und Gespräche möglichst breit aufgestellt und entsprechend effektiv waren (Koschyk 2024). Wie schon Ramsauer vor ihm, versuchte auch Koschyk, Delegationsreisen auf der koreanischen Halbinsel miteinander zu verbinden, um auch die interkoreanische Kommunikation zu unterstützen. Dazu gehörte, jeglichen Austausch mit Nordkorea gewissenhaft mit wichtigen Akteuren der deutschen Politik und Regierungseinrichtungen vor- und nachzubereiten. Insbesondere nach der Rückkehr von Reisen aus Nordkorea legte Koschyk Wert darauf, neue Erkenntnisse und Eindrücke nicht nur mit der Fraktion und relevanten Bundestagsausschüssen bzw. Ministerien zu teilen, sondern auch mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesnachrichtendienst (ebd.). Bei allem guten Willen und Engagement, sich für die Öffnung Nordkoreas zu bemühen, machte Koschyk seinen nordkoreanischen Gesprächspartnern aber auch klar, dass Werte wie Demokratie und Menschenrechte wichtig sind. Dies wird zum Beispiel deutlich, als er in seiner Funktion als DKPG-Vorsitzender 2006 einen Delegationsbesuch des Landes kurzfristig absagte, als mehreren Korrespondenten deutscher Medienhäuser von nordkoreanischer Seite keine Visa ausgestellt worden waren (FAZ 2006: 7). Koschyk erklärt, dass gerade zu Beginn der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen die DKPG als „Türöffner für die Regierung oder die Botschaft“ gedient habe (Koschyk 2024). Auch im weiteren Verlauf der Beziehungen zu Nordkorea sei der DKPG deshalb eine besondere Rolle zugekommen, da ihr im Vergleich zum Auswärtigen Amt bzw. der Deutschen Botschaft in Nordkorea auf einer anderen Ebene Zugang zu Kontakten offenstand und sie sich teilweise freier

im Land bewegen konnte. Durch häufige und über einen längeren Zeitraum kontinuierlich aufgebaute Kontakte mit nordkoreanischen Partnern sei die DKPG in der Lage gewesen, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, was sich in der Qualität der Informationen über Nordkorea niedergeschlagen habe, im Unterschied zu den Informationen der Botschaft und des BND. Unter Koschyk fungierte die DKPG jedoch nicht nur als alternativer Kommunikationskanal zu Deutschland, sondern auch zwischen den Koreas. Hochrangige Politiker im Norden, darunter mit Staatsoberhaupt Kim Yong-nam, nahmen das Makler-Angebot von Koschyk oft an, und baten ihn, ihre Botschaften nach Seoul weiterzutragen (FAZ 2004a: 6). So zum Beispiel während der Sechsergespräche (2003–2009), als Koschyk 2004 unter anderem mit dem damaligen südkoreanischen Außenminister Ban Ki-moon und dem damaligen Ministerpräsidenten Lee Hai-chan die Inhalte seiner Unterhaltungen in Pyeongyang teilte und Seoul damit „ermutigte“ (FAZ 2004b: 6). Die Wirksamkeit der Arbeit der DKPG in dieser Zeit wird neben den objektiven Erfolgen auch von der damaligen Botschafterin Deutschlands in Nordkorea (2002–2005), Doris Hertrampf, bestätigt (Hertrampf 2005a: 290; 2005b: 279). Analytisch bestätigt dieses Fallbeispiel alle drei Ebenen des Analyse-Modells. Auf der strukturellen Ebene zeigte sich, dass die über Jahre aufgebauten persönlichen Netzwerke (Koschyk mit Kim Yong-nam, Ri Jong-hyok u.a.) die entscheidende Voraussetzung für Vertrauensbildung und Informationsgewinnung waren – Sozialkapital, das staatliche Stellen in dieser Form nicht aufbauen konnten. Auf der funktionalen Ebene konnte die DKPG als alternativer Kommunikationskanal zwischen allen drei beteiligten Staaten agieren, weil sie formal legitimiert, aber protokollarisch flexibler als die Botschaft war. Auf der inhaltlichen Ebene schließlich ermöglichte die Gruppe den Transfer konkreter politischer Botschaften (etwa Nordkoreas Signale nach Seoul) und die Vermittlung demokratischer Werte – wie Koschyks Visumsabsage 2006 symbolisch verdeutlichte. Nach dem Ausscheiden Koschyks aus dem Deutschen Bundestag 2017 übernahm die CDU-Abgeordnete Katharina Landgraf den DKPG-Vorsitz, die bereits seit mehr als zehn Jahren Mitglied der Gruppe gewesen war. Ihr folgte 2021 mit der SPD-Abgeordneten Heike Baehrens erstmalig eine Sozialdemokratin auf den Posten; sie war seit 2013 Mitglied der DKPG. Vier Jahre später übernahm Parteikollegin Aydan Özoğuz den Vorsitz. Auf südkoreanischer Seite spiegelt die Besetzung des Vorsitzes der koreanisch-deutschen Parlamentariergruppe (KDPG) traditionell die hohe strategische Bedeutung der Beziehungen zu Deutschland wider. Im Jahr 2000 übernahm mit Han Hwa-gap zunächst ein enger Vertrauter von Präsident Kim Dae-jung den Vorsitz. Ihm folgte von 2004 bis 2008 der renommierte Ökonom Kim Chong-in, der in Deutschland promoviert hatte und später als „Architekt der wirtschaftlichen Demokratisierung“ sowie als strategischer Kopf hinter mehreren Wahlsiegen beider politischer Lager zu einer der einflussreichsten Figuren des Landes wurde. Mit dem Machtwechsel zu Präsident Lee Myung-bak ging der Vorsitz an Kwon Young-se (2008–2012), der Anfang der 1990er-Jahre als Staatsanwalt einen Forschungsaufenthalt in Deutschland absolvierte, bei dem er den Aufarbeitungsprozess der deut-

schen Wiedervereinigung aus nächster Nähe studieren konnte. Während der Amtszeit der rechtskonservativen Präsidentin Park Geun-hye, in der die konservative Saenuri-Partei das Parlament kontrollierte, übernahm Nam Kyoung-pil den Vorsitz (2012–2016), und wurde nach dem Erdrutschsieg der Opposition von Lee Sang-min (2016–2024) abgelöst. Seit der Neuzusammensetzung des Parlaments im Jahr 2024, bei der die Mehrheit der liberalen DP noch weiter ausgebaut wurde, führt Choo Mi-ae die Gruppe an. Als ehemalige Parteivorsitzende und Justizministerin repräsentiert sie ebenfalls die Wichtigkeit, die die koreanische Seite dem Dialog mit den deutschen Partnern beimisst.

Grafik 4. Vörsitze der Parlamentariergruppen in Deutschland, Nordkorea und Südkorea



Quelle: eigene Darstellung

Schluss

Die Untersuchung der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe (DKPG) über sechs Jahrzehnte verdeutlicht, dass parlamentarische Diplomatie weniger als essenzielles Steuerungsinstrument, sondern vielmehr als spezifische zusätzliche Dimension im bilateralen Beziehungsgefüge zu verstehen ist. Und es zeigt, dass parlamentarische Diplomatie weit über symbolische Gesten hinausgeht. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird häufig kontrovers diskutiert, ob parlamentarische Akteure lediglich „diplomatische Amateure“ sind oder eine essenzielle Ergänzung zur Exekutivdiplomatie darstellen. Vor diesem Hintergrund erlaubt die Analyse der DKPG hier eine differenzierte Bilanz, die die Potenziale gegen die systemischen Schwächen abwägt. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die DKPG im Sinne parlamentarischer Diplomatie als Scharnierstelle fungiert. Während die Exekutivdiplomatie den formalen Rahmen setzt, besetzt die parlamentarische Ebene eine Nische, die durch eine geringere protokollarische Starrheit gekennzeichnet ist. Gemessen am

Dreiebenen-Modell, das oben als analytische Schablone entwickelt wurde, zeigen die Befunde über beide Phasen eine konsistente Wirkungslogik. Auf der strukturellen Ebene war es stets die Akkumulation persönlichen Sozialkapitals durch Kontinuität der Vorsitzenden (Wagner, Koschyk), die den Kern des Wirkungspotenzials bildete. Auf der funktionalen Ebene ermöglichte die institutionelle Zwischenposition – parlamentarisch legitimiert, aber protokollarisch flexibel – ein Handeln in Krisenmomenten (Ostberlin-Affäre) wie auch in Dialogsituationen (Nord-Süd-Vermittlung), die dem Botschaftsapparat verschlossen blieben. Auf der inhaltlichen Ebene schließlich verband die DKPG Informationstransfer mit Normenvermittlung, etwa wenn Koschyk nach Nordkorea-Reisen den BND und das Auswärtige Amt über seine Eindrücke unterrichtete und zugleich auf Pressefreiheit bestand. In der ersten Phase (1965–1990) fungierte die Gruppe primär als Instrument zur Absicherung gemeinsamer sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Interessen der beiden „Frontstaaten“ des Kalten Krieges. Am Beispiel der „Ostberlin-Affäre“ von 1967 wird deutlich, dass die Parlamentarier informelle Kanäle zur Krisenmoderation als Ergänzung zur Diplomatie auf Regierungsebene nutzen konnten. In der zweiten Phase verlagerte sich der Schwerpunkt auf den Austausch über Transformationsprozesse und die Einbeziehung Nordkoreas. Hier bot die DKPG eine Plattform für vorsichtige Dialogversuche, die ebenfalls stets komplementär zur offiziellen Außenpolitik verliefen. Durch die historischen Besonderheiten war die DKPG geradezu prädestiniert, neben dem Dialog mit Südkorea gleichzeitig Austausch mit Nordkorea zu pflegen mit der Perspektive, sich in einem Trialog als Vermittler von Fragen der koreanischen Halbinsel einzusetzen. Historische Akteure wie Leo Wagner in der Gründungsphase oder Hartmut Koschyk in der zweiten Phase ab 1990 verdeutlichen, dass die Wirksamkeit dieser Arbeit maßgeblich von individuellem Engagement und der langfristigen Pflege von Sozialkapital abhängt. Das umfasst neben dem Netzwerken mit den parlamentarischen Kollegen des Partnerlandes auch die Integration mit verschiedenen Akteuren im eigenen und im anderen Land auf den Ebenen der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Die auch personell enge Verzahnung, die die DKPG seit ihrer Gründung mit der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, dem Deutsch-Koreanischen Forum und bilateralen Beratergremien sukzessive ausgebaut hat, ist ein anschauliches Beispiel dafür.

Trotz ihrer Relevanz bleibt die Wirkung der DKPG durch strukturelle Faktoren wie begrenzte finanzielle Ressourcen und die Abhängigkeit von Wahlzyklen limitiert, was die Kontinuität personeller Netzwerke gefährden kann. Die Forschung zur parlamentarischen Diplomatie (z.B. Stavridis) weist zu Recht darauf hin, dass die fehlende Institutionalisierung die Nachhaltigkeit dieser Bemühungen gefährdet. Im Vergleich zum diplomatischen Apparat der Exekutive agieren Parlamentariergruppen mit minimalem Budget und geringer administrativer Unterstützung. Dies führt dazu, dass die Arbeit der DKPG oft reaktiv bleibt und eine strategische, langfristige Agenda nur schwer zu verfolgen ist, wenn sich Parlamentarier nicht entsprechend engagieren. Zudem besteht die Gefahr, dass die Gruppe instrumentalisiert wird oder lediglich als „Reiseclub“ ohne messbaren politischen Output wahrgenommen wird.

Letztlich sind Parlamentarier in erster Linie ihrem nationalen legislativen Auftrag verpflichtet, und somit ist ihr zwischenstaatliches Engagement eine zusätzliche, oft von persönlichen Schwerpunkten abhängige Facette ihrer Abgeordnetentätigkeit. Und dennoch, in einer globalisierten Welt bietet das Engagement von Parlamentariern auf der zwischenstaatlichen Bühne eine wichtige zusätzliche Perspektive, auch wenn deren Erfolg maßgeblich von der Kohärenz mit der offiziellen Außenpolitik abhängen mag. Zukünftige Forschung sollte verstärkt die Rolle der Parlamentariergruppen in der jüngeren Ära der „Wertepartnerschaft“ seit den 2000er Jahren in den Blick nehmen, um zu prüfen, inwieweit Parlamentariergruppen in einer Welt zunehmender Systemrivalitäten, Kriegen und Klimafragen in ihrer „diplomatischen Nische“ gegebenenfalls weiter an Bedeutung gewinnen könnten.

Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner (1982): „Ansätze ‚korporativer Marktwirtschaft‘ in der Korea-Krise der frühen fünfziger Jahre“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 30/4: 715–756.
- Abelshauser, Werner (2004): *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Altenhofen, Max (2025): „Yanggajeogin gwangye: naengjeongiui handok gisulhyeomnyeokgwa haengwija“ (Ambivalent Relations: Technical Cooperation between South Korea and West Germany during the Cold War), in: *Yeoksamunje Yeongu*, 56: 275–314.
- Bang, Jiun (2017): „Parliamentary Diplomacy in Northeast Asia: Lessons from the Parliamentarians’ Unions in Japan and South Korea“, in: Cho, Joanne Miyang; Roberts, Lee M. (Hgg.): *Transnational Encounters between Germany and Korea. Affinity in Culture and Politics Since the 1880s*. New York: Palgrave, 269–289.
- Baehrens, Heike (2024): Persönliches Gespräch, 27. November. Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages.
- Botschaft der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (2006): „Namenliste der Delegation“, 21. September. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bestand 5333, 17/2013, 86.
- Botschaft Pjöngjang (2004): „Reise der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages nach Nordkorea, 05.–08.06.2004“, 8. Juni. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bestand 5333, 34/2009, 78.
- Botschaft Pjöngjang (2015): „Programm der Botschaft Pjöngjang für den Besuch der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe in der Demokratischen Volksrepublik Korea, 19.–26. Oktober 2015“. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bestand 5333, 3/2018, 101.
- Bundesaußenministerium (1968): *Entführung von südkoreanischen Staatsbürgern aus der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Bundesregierung (2023): *Nationale Sicherheitsstrategie*. Berlin. URL: <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Bundestag (1999): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages*. Baden-Baden: Nomos.
- Bundestag (2003): „Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln“. Berlin, 12. Oktober. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008865.pdf> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Bundestag (2008): „Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln“. Berlin, 18. Dezember. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008865.pdf> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Bundestag (2013): „Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln“. Berlin, 25. Juni. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008865.pdf> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Bundestag (2016): „Wiedervereinigung wäre morgen möglich“, 4. April. URL: <https://webarchiv.bundestag.de/archive/2016/0408/mobil/kw14-koranische-parlamentariergruppe/417276.html> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Bundestag (2017): *Das Verhältnis von Nord- und Südkorea und die Position der Bundesregierung. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache 18/12289*. Berlin.
- Bundestag (2022): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages*. Baden-Baden: Nomos.
- Bundestag (2023): „Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Die deutsch-koreanische Wertepartnerschaft stärken und zukunftsfest gestalten“. Berlin. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008865.pdf> (Aufruf: 29. Januar 2025).

- Bundestag (2025): „Weltweit vernetzt – die Parlamentariergruppen“. URL: https://www.bundestag.de/europa_internationales/parlamentariergruppen/parlamentariergruppen-196362 (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Chang, Gyeong-sun (2007): *Naneun ajikdo meomchul su eopda* (Ich kann immer noch nicht aufhören). Seoul: Oneul.
- Cho, Joanne Miyang; Roberts, Lee M. (Hgg.) (2018): *Transnational Encounters between Germany and Korea. Affinity in Culture and Politics Since the 1880s*. New York: Palgrave.
- Choi, Jong-go (1983): *Handok gwangyesa* (Geschichte der deutsch-koreanischen Beziehungen). Seoul: Hongseongsa.
- Choi, Jong-go (2005): *Hangangeseo Raingangkkaji: Handok gwangyesa* (Vom Han-Fluss zum Rhein: Geschichte der deutsch-koreanischen Beziehungen). Seoul: Yuro.
- Chosun Ilbo (1957): „Sonyeoneungyok Hyeomyi“ (Verdacht der Schändung eines Mädchens), in: *Chosun Ilbo*, 18. Juni.
- Chosun Ilbo (1964): „Hanilgukgyoneun Gin-yo. Hangukjungniphwaran Isseul Su Eomneun-il“ (Normalisierung der Beziehungen zwischen Korea und Japan ist unerlässlich. Eine Neutralisierung Koreas ist ausgeschlossen), in: *Chosun Ilbo*, 31. Mai.
- Chosun Ilbo (1965a): „Handoguiwonhyeophoe Seodoguihoenae Seollip“ (Gründung der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergesellschaft im westdeutschen Parlament), in: *Chosun Ilbo*, 21. April.
- Chosun Ilbo (1965b): „Seodoge-simneun Hangukmunhwa“ (Koreanische Kultur in Westdeutschland pflanzen), in: *Chosun Ilbo*, 18. Oktober.
- Chosun Ilbo (1969): „Suchulheungchame Jeyangnondo“ (Einschränkungstheorie bei der Exportförderung), in: *Chosun Ilbo*, 20. Mai.
- Chosun Ilbo (1973): „Jang Gyeong-sun“, in: *Chosun Ilbo*, 4. März.
- Chosun Ilbo (1974): „Handok gyeonghyeop deung noni“ (Diskussionen unter anderem über die Korea-Deutschland-Wirtschaftskooperation), in: *Chosun Ilbo*, 30. Juli.
- Chosun Ilbo (1995): „Hangukdaebuk Tujasanghanseon Cheolpyeoyocheong Bada“ (Aufforderung zur Aufhebung der Obergrenze für südkoreanische Investitionen in Nordkorea erhalten), in: *Chosun Ilbo*, 10. Oktober.
- Ciesla, Burghard (2012): „Korea als Generalprobe?“, in: Bonwetsch, Bernd; Uhl, Matthias (Hgg.): *Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950–1953 im internationalen Kontext*. München: Oldenbourg, 103–114.
- Derksen, Karl-Hendrik (2002): „Bericht über die Delegationsreise der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe in die Volksrepublik China, die Demokratische Volksrepublik Korea und die Republik Korea in der Zeit vom 27. April bis 07. Mai 2002“, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 45/2005, 247 (5333).
- Derksen, Karl-Hendrik; Jaedtko, Kathleen (2006): „Ergebnisprotokoll Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe. Abendessen mit Abgeordneten der Nationalversammlung der Republik Korea am 14. Juni 2006“, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bestand 5333, 17/2013, 84.
- Donga Ilbo (1964): „Handokchinseon eumageu bam“ (Koreanisch-Deutsche Freundschaftsmusiknacht), in: *Donga Ilbo*, 21. November.
- Donga Ilbo (1998): „Hangungmin uiji namdalla“ (Koreaner haben einen besonderen Willen), in: *Donga Ilbo*, 19. Mai.
- Europäische Kommission (2021): „The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific“. Joint Communication to the European Parliament and the Council. Brüssel. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021JC0024> (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Flockhart, Trine (2004): „Masters and Novices: Socialization and Social Learning through the NATO Parliamentary Assembly“, in: *International Relations*, 18/3: 361–380.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (1967): „Bonn droht Südkorea mit Konsequenzen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Dezember.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2004a): „Deutschland ‚ehrlicher Makler‘ in Korea?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Juni.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2004b): „Koschyk: Seoul ‚ermutigt‘“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Juni.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2006): „Kurze Meldungen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Oktober.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014): „Eine gewisse Vorliebe für Europäisches“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. November.
- FU Berlin (2000): „Koreanischer Präsident Kim Dae-jung zu Gast an der FU“, 1. April. https://www.fu-berlin.de/presse/artikelarchiv/2000/000401_kim/index.html (Aufruf: 29. Januar 2025).
- Giesen, Michael; Malang, Thomas (2021): „Legislative Communities. Conceptualising and Mapping International Parliamentary Relations“, in: *Journal of International Relations and Development*, 25: 523–555.
- Göpfert, Luise (2011): „Zusagen für die Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe am Dienstag, 08. November 2011“, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 43/2013,99 (5333).
- Guahk, Youngah; Pepe, Isabel H. (2023): „Parliamentary Diplomacy between the EU and the Republic of Korea“, in: *Asia Europe Journal*, 21: 587–606.
- Gumpel, Werner (1996): „Bericht über die 12. deutsch-koreanische Konferenz“, in: *Zeitschrift für Politik*, 43/2: 174–177.
- Hammond, Susan Webb (1998): *Congressional Caucuses in National Policy Making*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Han, Jong-soo (1991): *Die Beziehungen zwischen der Republik Korea und der Bundesrepublik Deutschland 1948–1986*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Hertrampf, Doris (2005a): „Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Korea seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen“, in: *Korea – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*: 283–291.
- Hertrampf, Doris (2005b): „Entwicklung und Perspektiven der Beziehungen Deutschlands zur Demokratischen Volksrepublik Korea“, in: Hartmut Koschyk (Hg.): *Deutschland, Korea. Geteilt, vereint*. Berlin: Olzog, 267–283.
- Hulme, Myles (2010): „The Canada–Taiwan Parliamentary Friendship Group“, in: *China Papers*, 15. Ottawa: Canadian International Council.
- Jaskiernia, Jerzy (2022): „Parliamentary Diplomacy – A New Dimension of Contemporary Parliamentarism“, in: *Studia Iuridica Lublinensia*, 31/5: 85–101.
- Kim, Chong-in (2024): Persönliches Gespräch, 6. Dezember 2024. Ehemaliges Mitglied der Nationalversammlung der Republik Korea.
- Kim, Ko-un (2017): „Geschichte der koreanischen Migration in die Bundesrepublik Deutschland“, in: Lee, Eun-Jeung; Mosler, Hannes B. (eds): *Facetten deutsch-koreanischer Beziehungen. 130 Jahre gemeinsame Geschichte*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 131–142.
- Kim, Myoung-sob; Yang, Jun-seok (2013): „1967nyeon ‘Dongbaegnim-sageon’ ihu handok-gwangye-ui ginjang-gwa hoebok“ (Tensions and Recovery in Korea–Germany Relations Following the 1967 ‘Dongbaekrim Incident’), in: *Hanguk Jeongchi Oegyo Sahoesa Nonchong* 35(1): 1–41.
- Köllner, Patrick (1998): „Die deutsch-koreanischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart“, in: Köllner, Patrick (Hg.): *Korea 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 19–56.

- Konhäuser, Thomas (2014): „Memorandum of Understanding zur Errichtung eines ‚Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung‘“, 19. September, <https://www.koschyk.de/allgemein/memorandum-of-understanding-zur-errichtung-eines-deutsch-koreanischen-beratergremiums-zu-aussenpolitischen-fragen-der-wiedervereinigung-19398.html> (Aufruf: 2025-01-29).
- Konhäuser, Thomas (2015): „Koschyk trifft Regionalverband Berlin der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft im Deutschen Bundestag“, 20. Mai, <https://www.koschyk.de/fur-deutschland/koschyk-trifft-regionalverband-berlin-der-deutsch-koreanischen-gesellschaft-im-deutschen-bundestag-21608.html> (Aufruf: 2025-01-29).
- Koreanische Botschaft (2012): „Hateumuteu Koschwik yeonbandhawoneiwon sugyohunjang gwanghwajang suyeo“ (Hartmut Koschyk, Mitglied des Deutschen Bundestages, erhält den Orden für besondere Verdienste um die diplomatischen Beziehungen), in: *Koreanische Botschaft in Deutschland*, 26. März, https://deu.mofa.go.kr/de-ko/brd/m_7202/view.do?seq=923307&srchFr=&srchTo=&srchWord=&srchTp=&multi_itm_seq=0&itm_seq_1=0&itm_seq_2=0&company_cd=&company_nm= (Aufruf: 2024-07-15).
- Koschyk, Hartmut (2002a): „Einzeldienstreise in die Republik Korea vom 27. bis 30. Juni 2002“, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bestand 5333, 45/2005, 245.
- Koschyk, Hartmut (2002b): „Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident“, 16. Mai, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 17/2013, 84 (5333).
- Koschyk, Hartmut (Hg.) (2005): *Deutschland, Korea. Geteilt, vereint*. Berlin: Olzog.
- Koschyk, Hartmut (Hg.) (2014): *Garten der Freundschaft. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutsch-koreanischen Beziehungen*. Berlin: Olzog.
- Koschyk, Hartmut (2024): Persönliches Gespräch 30. Juli 2024. Ehemaliges Mitglied des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland.
- Krüger, Dieter (2012): „Der ‚Koreaschock‘ 1950. Wendepunkt oder Katalysator der westdeutschen Sicherheitspolitik?“, in: Bonwetsch, Bernd; Uhl, Matthias (Hgg.): *Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950–1953 im internationalen Kontext*. München: Oldenbourg, 167–175.
- Kyunghyang Sinmun (1964): „Handokchinseon eumageu bam“ (Koreanisch-Deutsche Freundschaftsmusiknacht), in: *Kyunghyang Sinmun*, 23. November.
- Kyunghyang Sinmun (1971): „Bak daetongnyeong yeband ne seodokhawon euiwon“ (Präsident Park empfängt vier westdeutsche Abgeordnete), in: *Kyunghyang Sinmun*, 4. Juni.
- Lee, Eun-Jeung; Mosler, Hannes B. (2018): „130 Years of German-Korean Relations“, in: Cho, Joanne Miyang; Roberts, Lee M. (Hgg.): *Transnational Encounters between Germany and Korea. Affinity in Culture and Politics Since the 1880s*. New York: Palgrave Macmillan, 27–49.
- Lee, Jeongmin (2019): *Dongbaengnim Sageon-gwa Handokkwangye* (Der Ostberlin-Spionagering-Fälschungsvorfall und die deutsch-südkoreanischen Beziehungen). Dissertation. Sungkyunkwan Universität.
- Maeil Gyeongje (1983): „Seodokchoego-hunjang Bada“ (Höchsten westdeutschen Orden erhalten), in: *Maeil Gyeongje*, 22. Oktober.
- Maeil Gyeongje (1984): „Pupeuteuhanja Seoulchwhang Ginyeom-ripsepsyoon“ (Empfang anlässlich des Erstfluges der Lufthansa nach Seoul), in: *Maeil Gyeongje*, 10. November.
- Maeil Gyeongje (1992): „Insa“ (Personalien/Grüße), in: *Maeil Gyeongje*, 4. November.
- Maeil Gyeongje (2002): „Handok poreom chulbeom“ (Koreanisch-Deutsches Forum gestartet ... Deutscher Bundespräsident nimmt teil), in: *Maeil Gyeongje*, 30. Juni, <https://www.mk.co.kr/news/all/2795366> (Aufruf: 2024-09-21).
- Malamud, Andrés; Stavridis, Stelios (2016): „Parliaments and Parliamentarians as International Actors“, in: Reinalda, Bob (Hg.): *The Ashgate Research Companion to Non-State Actors*. London: Routledge, 101–115.

- Meisner, Matthias (2014): „CSU-Connection nach Nordkorea: Kim und Koschyk“, in: *Tagesspiegel*, 11. März, <https://www.tagesspiegel.de/politik/kim-und-koschyk-5160715.html> (Aufruf: 2025-01-29).
- Müller, Stefan (2012): „Bericht über die Delegationsreise der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe nach Nord- und Südkorea vom 4. Oktober bis 14. Oktober 2012“, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 43/2013, 101 (5333).
- National Archives of Korea (1969): „Yeongyesuyeo (Dogilyeonbanggonghwaguk hawoneuwon Leo Wagner)“, 15. Mai, BA0085342.
- National Assembly (1986): *Parliamentary Almanac (1950–1985)*. Seoul: National Assembly.
- National Assembly (2025): „Uiwon Chinseon Hyeophoe“ (Parlamentarische Freundschaftsgruppen), <https://www.assembly.go.kr/portal/cnts/cntsCont/guide.do?menuNo=600082&cntsDivCd=ADC> (Aufruf: 2025-01-29).
- Noh, Meung-hoan (2011): „Naengjeon sidae Bak Jeong-hiui hanguk saneophwa jeongchaek-kwa Seodogui iumi-wa yeokhal 1961–1967“ (Die Bedeutung und Rolle der Industrialisierungspolitik Park Chung-hees in Korea während des Kalten Krieges und der Bundesrepublik Deutschland 1961–1967), in: *Sarim*, 38: 289–323.
- Noulas, George (2011): „The Role of Parliamentary Diplomacy in Foreign Policy“, in: *Foreign Policy Journal*, 22. Oktober, <https://www.foreignpolicyjournal.com/2011/10/22/the-role-of-parliamentary-diplomacy-in-foreign-policy/> (Aufruf: 2025-01-29).
- Parlamentariergruppe (2007): „Bericht über die Delegationsreise der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe in die Demokratische Volksrepublik Korea und Republik Korea vom 28. Mai bis 6. Juni 2007“, 2. Juli, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 17/2013,87 (5333).
- Pilz, Volker (2010): *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages und die Mitwirkung des Parlaments an der auswärtigen und internationalen Politik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pflug, Johannes (2024): Gespräch am 9. Februar 2024. Ehemaliges Mitglied des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland.
- Regierung der Republik Korea (2022): „Strategy for a free, peaceful, and prosperous Indo-Pacific Region“. Seoul: Ministerium des Innern. https://www.mofa.go.kr/eng/brd/m_5676/view.do?seq=322133 (Aufruf: 2025-01-29).
- Ringe, Nils; Victor, Jennifer N. (2013): *Bridging the information gap. Legislative member organizations as social networks in the United States and the European Union*. Ann Arbor, MI: The University of Michigan Press.
- Rocabert, Jofre et al. (2019): „The rise of international parliamentary institutions: Purpose and legitimation“, in: *The Review of International Organizations* 14: 607–631.
- Schultze, Christian (2014): „Koschyk leitet als deutscher Ko-Vorsitzender 13. Deutsch-Koreanisches Forum und 3. Deutsch-Koreanisches Juniorforum in Seoul!“, 7. Juli. <http://www.dekrforum.de/de/2014/07/koschyk-leitet-als-deutscher-ko-vorsitzender-13-deutsch-koreanisches-forum-und-3-deutsch-koreanisches-juniorforum-in-seoul/> (Aufruf: 2025-01-29).
- Seong, Sang-Hwan (2018): „Korean-German Relations from the 1950s to the 1980s: Archive-Based Approach to Cold War-Era History“, in: Cho, Joanne Miyang; Roberts, Lee M. (Hgg.): *Transnational Encounters between Germany and Korea. Affinity in Culture and Politics Since the 1880s*. New York: Palgrave, 133–157.
- Snow, Nancy (2009): „Rethinking public diplomacy“, in: Snow, Nancy; Taylor, Phillip M. (Hgg.): *Routledge Handbook on Public Diplomacy*. London: Routledge, 3–11.
- Stavridis, Stelios (2021): „Parliamentary Diplomacy: A Review Article“, in: *International Journal of Parliamentary Studies* 1: 227–269.
- Stavridis, Stelios; Jančić, Davor (2016): „The rise of parliamentary diplomacy in international politics“, in: *Hague Journal of Diplomacy* 11 (2): 105–120.

- Stavridis, Stelios; Jančić, Davor (Hgg.) (2017): *Parliamentary Diplomacy in European and Global Governance*. Leiden: Brill.
- Tagesspiegel (2000a): „Schröder will Export nach Südkorea ankurbeln“, 1. April, <https://www.tagesspiegel.de/politik/schroder-will-export-nach-sudkorea-ankurbeln-treffen-mit-prasident-kim-dae-jung-in-berlin-662830.html> (Aufruf: 2025-01-29).
- Tagesspiegel (2000b): „Dialog mit Nordkorea: Schröder kündigt diplomatische Beziehungen zu Pjöngjang an“, 1. Oktober, <https://www.tagesspiegel.de/politik/dialog-mit-nordkorea-schroder-kundigt-diplomatische-beziehungen-zu-pjongjang-an-722224.html> (Aufruf: 2025-01-29).
- Temin, Peter (1995): „The ‘Koreaboom’ in West Germany: Fact or Fiction?“, in: *The Economic History Review* 48 (4): 737–753.
- Vabulas, Felicity; Snidal, Duncan (2013): „Organization without delegation. Informal intergovernmental organizations (IIGOs) and the spectrum of intergovernmental arrangements“, in: *The Review of International Organizations* 8 (2): 193–220.
- Weisglas, Frans; de Boer, Gijs (2007): „Parliamentary diplomacy“, in: *Hague Journal of Diplomacy* 2 (1): 93–99.
- Wiggershaus, Norbert (1986): „Außenpolitische Voraussetzungen für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag“, in: Fischer, Alexander (Hg.): *Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945*. Berlin: Duncker & Humblot, 63–78.
- Yonhapnews (2002): „Meldung vom 25.06.2002“, <https://m.entertain.naver.com/article/001/0000195379> (Aufruf: 2025-01-29).
- Yonhapnews (2019): „Meldung vom 17.10.2019“, <https://www.yna.co.kr/view/AKR20191017036751051> (Aufruf: 2025-01-29).